

Bundesgesetzblatt ²⁴³⁷

Teil II

Z 1998 A

1994

Ausgegeben zu Bonn am 27. September 1994

Nr. 44

Tag	Inhalt	Seite
13. 9. 94	Gesetz zu dem Abkommen vom 5. April 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Lettland über den Luftverkehr GESTA: XJ23	2438
13. 9. 94	Gesetz zu dem Abkommen vom 18. Juni 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kuba über den Luftverkehr GESTA: XJ22	2448
20. 9. 94	Zweite Verordnung über die Inkraftsetzung von Änderungen des Internationalen Freibord-Übereinkommens von 1966 (Zweite Freibord-ÄndV)	2457
20. 9. 94	Sechste Verordnung über die Inkraftsetzung von Änderungen des Internationalen Übereinkommens von 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See und des Protokolls von 1978 zu diesem Übereinkommen (6. SOLAS-ÄndV)	2458
8. 8. 94	Bekanntmachung der Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Familie und Senioren der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik der Republik Polen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Familien- und Seniorenpolitik sowie der Sozialhilfe	2459
12. 8. 94	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte	2461
22. 8. 94	Bekanntmachung des deutsch-slowenischen Abkommens über kulturelle Zusammenarbeit	2464
23. 8. 94	Bekanntmachung des deutsch-indonesischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	2469
23. 8. 94	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums, des Madrider Abkommens über die internationale Registrierung von Marken, des Patenzusammenarbeitsvertrages	2471
25. 8. 94	Bekanntmachung des deutsch-kirgisischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	2472
25. 8. 94	Bekanntmachung über das Inkrafttreten von Verordnungen zu Regelungen nach dem Übereinkommen über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung	2474
29. 8. 94	Bekanntmachung über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte der Deutschen Demokratischen Republik mit Vietnam	2475
—	Berichtigung des Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 9. Februar 1994 über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Straßen mit schweren Nutzfahrzeugen	2476

Die Anlage zur Zweiten Freibord-Änderungsverordnung vom 20. September 1994 und die Anlage zur 6. SOLAS-ÄndV vom 20. September 1994 werden jeweils als Anlageband zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblattes ausgegeben. Abonnenten des Bundesgesetzblattes Teil II werden die Anlagebände auf Anforderung gemäß den Bezugsbedingungen des Verlags übersandt.

**Gesetz
zu dem Abkommen vom 5. April 1993
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Lettland
über den Luftverkehr**

Vom 13. September 1994

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Riga am 5. April 1993 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Lettland über den Luftverkehr wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 19 Abs. 1 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 13. September 1994

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Verkehr
Wissmann

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Lettland
über den Luftverkehr**

**Līgums
starp Vācijas Federatīvo Republiku
un Latvijas Republiku
par gaisa satiksmi**

Inhaltsübersicht

Saturs

Präambel	Preambula
Artikel 1 Begriffsbestimmungen	1. pants. Jēdzieni
Artikel 2 Gewährung von Verkehrsrechten	2. pants. Tiesības veikt satiksmi
Artikel 3 Bezeichnung und Betriebsgenehmigung	3. pants. Nozīmēšana un atļauja veikt pārvadājumus
Artikel 4 Widerruf oder Einschränkung der Betriebsgenehmigung	4. pants. Pārvadājumu atļaujas atsaukšana vai ierobežošana
Artikel 5 Gleichbehandlung bei den Gebühren	5. pants. Vienlīdzīgu maksājumu noteikšana
Artikel 6 Befreiung von Zöllen und sonstigen Abgaben	6. pants. Atbrīvošana no muitas un citām nodevām
Artikel 7 Überweisung von Einkünften	7. pants. Ienākumu pārskaitīšana
Artikel 8 Grundsätze für den Betrieb des vereinbarten Linienverkehrs	8. pants. Satiksmes maršrutu saskaņotas ekspluatācijas principi
Artikel 9 Übermittlung von Betriebsangaben und Statistiken	9. pants. Informēšana par aviokompānijas statistikas datiem
Artikel 10 Tarife	10. pants. Tarifi
Artikel 11 Gewerbliche Tätigkeiten	11. pants. Komerccdarbība
Artikel 12 Luftsicherheit	12. pants. Aviācijas drošība
Artikel 13 Einreise und Kontrolle der Reisedokumente	13. pants. Iebraukšana un ceļojuma dokumentu pārbaude
Artikel 14 Meinungs austausch	14. pants. Apmaiņa ar informāciju
Artikel 15 Konsultationen	15. pants. Konsultācijas
Artikel 16 Beilegung von Streitigkeiten	16. pants. Strīdu izšķiršana
Artikel 17 Mehrseitige Übereinkommen	17. pants. Daudzpusējas vienošanās
Artikel 18 Registrierung bei der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation	18. pants. Reģistrēšana ICAO
Artikel 19 Inkrafttreten, Geltungsdauer	19. pants. Līguma stāšanās spēkā, derīguma termiņš
Artikel 20 Kündigung	20. pants. Līguma anulēšana

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Lettland –

Vācijas Federatīvā Republika
un
Latvijas Republika,

Vertragsparteien des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt, zur Unterzeichnung aufgelegt in Chicago am 7. Dezember 1944,

Konvencijas par starptautisko civilo aviāciju, kas atklāta parakstīšanai 1944. gada 7. decembrī Čikāgā, dalībnieces,

in dem Wunsch, ein Abkommen über die Einrichtung und den Betrieb des Fluglinienverkehrs zwischen ihren Hoheitsgebieten und darüber hinaus zu schließen –

vēloties noslēgt līgumu par gaisa satiksmes izveidošanu un darbību starp to valstu teritorijām un ārpus tām,

sind wie folgt übereingekommen:

ir vienojušās par sekojošo:

**Artikel 1
Begriffsbestimmungen**

**1. pants
Jēdzieni**

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeuten, soweit sich aus dessen Wortlaut nichts anderes ergibt,

1. Šī Līguma izpratnē, ja vien no teksta neizriet kas cits,

a) „Zivilluftfahrt-Abkommen“ das am 7. Dezember 1944 in Chicago zur Unterzeichnung aufgelegte Abkommen über die

a) ar jēdzienu „Konvencija“ jāsaprot Konvencija par starptautisko civilo aviāciju, kas atklāta parakstīšanai 1944. gada 7. de-

Internationale Zivilluftfahrt einschließlich aller nach dessen Artikel 90 angenommenen Anhänge und aller Änderungen der Anhänge oder des Zivilluftfahrt-Abkommens selbst nach dessen Artikeln 90 und 94, soweit diese Anhänge und Änderungen für beide Vertragsparteien in Kraft getreten oder von ihnen ratifiziert worden sind;

- b) „Luftfahrtbehörde“ in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister für Verkehr, in bezug auf die Republik Lettland den Verkehrsminister oder in beiden Fällen jede andere Person oder Stelle, die zur Wahrnehmung der diesen Behörden obliegenden Aufgaben ermächtigt ist;
- c) „bezeichnetes Unternehmen“ jedes Luftfahrtunternehmen, das eine Vertragspartei der anderen Vertragspartei nach Artikel 3 schriftlich als ein Unternehmen bezeichnet hat, das auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien internationalen Fluglinienverkehr betreiben soll.

(2) Die Begriffe „Hoheitsgebiet“, „Fluglinienverkehr“, „internationaler Fluglinienverkehr“ und „Landung zu nichtgewerblichen Zwecken“ haben für die Anwendung dieses Abkommens die in den Artikeln 2 und 96 des Zivilluftfahrt-Abkommens in der gegenwärtigen oder künftigen Fassung festgelegte Bedeutung.

(3) Der Begriff „Tarif“ bedeutet den Preis, der für die internationale Beförderung (d. h. die Beförderung zwischen Punkten in den Hoheitsgebieten von zwei oder mehr Staaten) von Fluggästen, Gepäck oder Fracht (ausgenommen Post) zu berechnen ist, und schließt folgendes ein:

- a) jeden Durchgangstarif oder Betrag, der für eine internationale Beförderung zu berechnen ist, die als solche vermarktet und verkauft wird, einschließlich derjenigen Durchgangstarife, die unter Verwendung von anderen Tarifen oder von Anschlußtarifen für eine Beförderung auf internationalen Streckenabschnitten oder auf inländischen Streckenabschnitten, die Teil des internationalen Streckenabschnitts sind, gebildet werden;
- b) die Provision, die für den Verkauf von Flugscheinen für die Beförderung von Fluggästen und deren Gepäck oder für die entsprechenden Maßnahmen bei der Beförderung von Fracht zu zahlen ist;
- c) die Bedingungen, nach denen sich die Anwendbarkeit des Tarifs oder des Beförderungspreises oder die Provisionszahlung richtet.
- Er umfaßt auch
- d) alle wesentlichen Leistungen, die in Verbindung mit der Beförderung erbracht werden;
- e) jeden Tarif für die als Zusatz zu einer internationalen Beförderung verkaufte Beförderung auf einem inländischen Streckenabschnitt, der für rein inländische Flüge nicht verfügbar ist und der nicht allen Beförderern im internationalen Verkehr und deren Kunden zu gleichen Bedingungen zur Verfügung gestellt werden kann.

Artikel 2

Gewährung von Verkehrsrechten

(1) Eine Vertragspartei gewährt der anderen Vertragspartei zum Betrieb des internationalen Fluglinienverkehrs durch die bezeichneten Unternehmen auf den nach Absatz 2 festgelegten Linien das Recht,

- a) ihr Hoheitsgebiet ohne Landung zu überfliegen;
- b) in ihrem Hoheitsgebiet zu nichtgewerblichen Zwecken zu landen;
- c) in ihrem Hoheitsgebiet an den genannten Punkten auf den nach Absatz 2 festgelegten Linien zu landen, um Fluggäste, Gepäck, Fracht und Post gewerblich aufzunehmen und abzusetzen.

(2) Die Linien, auf denen die bezeichneten Unternehmen der Vertragsparteien internationalen Fluglinienverkehr betreiben

cebrī Čikāgā un ietver visus pielikumus, kas pieņemti saskaņā ar šīs Konvencijas 90. pantu, vai tās pielikumu grozījumus, kas izdarīti saskaņā ar šīs Konvencijas 90. vai 94. pantu un kuras atzinušas abas Līgumslēdzējas Puses;

- b) jēdziens „aviācijas institūcija“ attiecībā uz Vācijas Federatīvo Republiku nozīmē Federācijas Satiksmes ministru, attiecībā uz Latvijas Republiku – Latvijas Republikas Satiksmes ministru, vai abos gadījumos – jebkuru citu personu vai institūciju, kas ir pilnvarota veikt šo institūciju funkcijas;

- c) ar jēdzienu „nozīmētā aviokompānija“ jāsaprot ikviena aviokompānija, par kuru viena Līgumslēdzēja Puse saskaņā ar 3. pantu rakstiski paziņojusi otrai Līgumslēdzējai Pusei kā par uzņēmumu, kurš pilnvarots veikt starptautisko gaisa satiksmi 2. panta 2. punktā paredzētajā kārtībā noteiktajos maršrutos.

2. Jēdzieni „valsts teritorija“, „gaisa satiksme“, „starptautiskā gaisa satiksme“, un „nolaišanās nekomerciālos nolūkos“ šajā Līgumā ir lietojami Konvencijas par starptautisko civilo aviāciju 2. un 96. pantu attiecīgi spēkā esošajā nozīmē.

3. Jēdziens „tarifs“ nozīmē cenu, kuru aprēķina par starptautiskajiem pasažieru, bagāžas, kravas (izņemot pastu) gaisa pārvadājumiem starp punktiem divu vai vairāku valstu teritorijā un ietver sekojošo:

- a) visus tranzīta tarifus vai summas, kuras ir aprēķināmas attiecīgi apzīmētiem un pārdotiem starptautiskiem pārvadājumiem, ieskaitot tranzīta tarifus, kas izveidoti vai pieskaņoti citiem tarifiem, kurus izmanto starptautisko maršrutu daļā vai maršrutu iekšzemes posmā, kas ir starptautiskā maršruta daļa;
- b) komisijas naudu par aviobiļešu pārdošanu gaisa kuģu pasažieru un viņu bagāžas pārvadājumiem vai par atbilstošiem ar kravas pārvadājumiem saistītiem pakalpojumiem;
- c) nosacījumus, saskaņā ar kuriem tiek piemēroti tarifi, pārvadājumu cenas vai komisijas naudas maksājumi.

Tas aptver arī:

- d) citus būtiskos maksājumus, kas tiek piemēroti sakarā ar pārvadājumiem;
- e) ikvienu tarifu kā papildinājumu starptautiskajiem pārvadājumiem iekšzemes maršruta posmā, kas nav atsevišķi pieejams tikai iekšzemes pārvadājumiem un ko nevar nodot visu starptautisko gaisa pārvadātāju un to klientu rīcībā uz vienādiem noteikumiem.

2. pants

Tiesības veikt satiksmi

1. Lai nozīmētās aviokompānijas veiktu starptautisko gaisa satiksmi šī panta 2. punktā paredzētajā kārtībā noteiktajos maršrutos, viena Līgumslēdzēja Puse piešķir otrai Līgumslēdzējai Pusei tiesības:

- a) lidot pāri savas valsts teritorijai bez nosēšanās;
- b) nolaieties savas valsts teritorijā nekomerciālos nolūkos;
- c) nolaieties savas valsts teritorijā 2. punktā paredzētajā kārtībā noteikto maršrutu punktos, lai uzņemtu un izsēdinātu pasažierus, uzņemtu un izkrautu pastu un kravu komerciālos nolūkos.

2. Maršruti, kuros Līgumslēdzēju Pušu nozīmētās aviokompānijas var veikt starptautiskus pārvadājumus, tiek noteikti lidoju-

können, werden in einem Fluglinienplan durch Notenwechsel festgelegt.

(3) Nach Absatz 1 wird den bezeichneten Unternehmen einer Vertragspartei nicht das Recht gewährt, im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Fluggäste, Gepäck, Fracht und Post aufzunehmen und gegen Entgelt an einen anderen Ort innerhalb des Hoheitsgebiets dieser anderen Vertragspartei zu befördern (Kabotage).

Artikel 3

Bezeichnung und Betriebsgenehmigung

(1) Der internationale Fluglinienverkehr auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien kann jederzeit aufgenommen werden, wenn

- a) die Vertragspartei, der die in Artikel 2 Absatz 1 genannten Rechte gewährt werden, ein oder mehrere Unternehmen schriftlich bezeichnet hat und
- b) die Vertragspartei, die diese Rechte gewährt, dem oder den bezeichneten Unternehmen die Genehmigung erteilt hat, den Fluglinienverkehr zu eröffnen.

(2) Die Vertragspartei, die diese Rechte gewährt, erteilt vorbehaltlich des Absatzes 3 dieses Artikels und des Artikels 9 unverzüglich die Genehmigung zum Betrieb des internationalen Fluglinienverkehrs.

(3) Eine Vertragspartei kann von jedem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei den Nachweis verlangen, daß es in der Lage ist, den Erfordernissen zu entsprechen, die nach den Gesetzen und sonstigen Vorschriften der erstgenannten Vertragspartei für den Betrieb des internationalen Luftverkehrs zu erfüllen sind.

(4) Eine Vertragspartei kann nach Maßgabe der Absätze 1 bis 3 ein von ihr bezeichnetes Unternehmen durch ein anderes Unternehmen ersetzen. Das neu bezeichnete Unternehmen genießt die gleichen Rechte und unterliegt den gleichen Verpflichtungen wie das Unternehmen, an dessen Stelle es getreten ist.

Artikel 4

Widerruf oder Einschränkung der Betriebsgenehmigung

Eine Vertragspartei kann die nach Artikel 3 Absatz 2 erteilte Genehmigung widerrufen oder durch Auflagen einschränken, wenn ein bezeichnetes Unternehmen die Gesetze oder sonstigen Vorschriften der die Rechte gewährenden Vertragspartei oder die Bestimmungen dieses Abkommens nicht einhält oder die daraus sich ergebenden Verpflichtungen nicht erfüllt. Vor dem Widerruf oder der Einschränkung werden Konsultationen nach Artikel 15 durchgeführt, es sei denn, daß zur Vermeidung weiterer Verstöße gegen Gesetze oder sonstige Vorschriften eine sofortige Einstellung des Betriebs oder sofortige Auflagen erforderlich sind.

Artikel 5

Gleichbehandlung bei den Gebühren

Die Gebühren, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei für die Benutzung der Flughäfen und anderer Luftfahrteinrichtungen durch die Luftfahrzeuge jedes bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei erhoben werden, dürfen nicht höher sein als die Gebühren, die für Luftfahrzeuge eines inländischen Unternehmens in ähnlichem internationalen Fluglinienverkehr erhoben werden.

Artikel 6

Befreiung von Zöllen und sonstigen Abgaben

(1) Die von jedem bezeichneten Unternehmen der einen Vertragspartei verwendeten Luftfahrzeuge, die in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einfliegen und aus ihm wieder ausflie-

mu maršrutu plānā, ko saskaņo, Līgumslēdzējām Pusēm apmaiņoties ar notām.

3. Saskaņā ar šī panta 1. punktu nevienai no Līgumslēdzējas Puses nozīmētajām aviokompānijām netiek piešķirtas tiesības otras Līgumslēdzējas Puses valsts teritorijā pret atlīdzību uzņemt gaisa kuģi pasažierus, bagāžu, kravu vai pastu nogādāšanai uz citu punktu otras Līgumslēdzējas Puses valsts teritorijā (kabotāža).

3. pants

Nozīmēšana un atļauja veikt pārvadājumus

1. Starptautisko gaisa satiksmi 2. panta 2. punktā paredzētajā kārtībā noteiktajos maršrutos var uzsākt jebkurā laikā, ja

- a) Līgumslēdzēja Puse, kurai tiek piešķirtas 2. panta 1. punktā paredzētās tiesības, rakstiski ir nozīmējusi vienu vai vairākas aviokompānijas un
- b) Līgumslēdzēja Puse, kas šīs tiesības piešķirusi, ir devusi nozīmētajai vai nozīmētajām aviokompānijām atļauju veikt gaisa pārvadājumus.

2. Līgumslēdzēja Puse, kas piešķir šīs tiesības, nekavējoties dod atļauju starptautiskās gaisa satiksmes uzsākšanai saskaņā ar šī panta 3. punkta un 9. panta nosacījumiem.

3. Viena Līgumslēdzēja Puse var pieprasīt, lai otras Līgumslēdzējas Puses jebkura nozīmētā aviokompānija pierāda, ka tā spēj izpildīt prasības, kas reglamentē starptautiskos gaisa pārvadājumus saskaņā ar pirmās Līgumslēdzējas Puses likumiem un noteikumiem.

4. Viena Līgumslēdzēja Puse saskaņā ar šī panta 1., 2. un 3. punkta nosacījumiem var paziņot otrai Līgumslēdzējai Pusei par vienas no tās nozīmētajām aviokompānijām aizstāšanu ar citu aviokompāniju. No jauna nozīmētā aviokompānija iegūst tās pašas tiesības un ir pakļauta tām pašām saistībām kā aviokompānija, kuras vietā tā nozīmēta.

4. pants

Pārvadājumu atļaujas atsaukšana vai ierobežošana

Viena Līgumslēdzēja Puse var atsaukt vai ar prasību ierobežot saskaņā ar 3. panta 2. punktu doto atļauju, ja nozīmētā aviokompānija neievēro Līgumslēdzējas Puses likumus vai noteikumus vai šī Līguma noteikumus, vai nepilda no tā izrietošās saistības. Pirms atsaukšanas vai ierobežošanas, saskaņā ar 15. pantu, jāveic konsultācijas, ja vien, lai novērstu tālāku likumu vai citu noteikumu pārkāpšanu, nav nepieciešama tūlītēja darbības izbeigšana vai tūlītēja prasības iesniegšana.

5. pants

Vienlīdzīgu maksājumu noteikšana

Maksājumi, kurus pieprasa vienas Līgumslēdzējas Puses valsts teritorijā par katru otras Līgumslēdzējas Puses nozīmētās aviokompānijas gaisa kuģi, kas izmanto lidostas un citas aviācijas iekārtas, nedrīkst būt augstāki par maksājumiem, kurus pieprasa par savas aviokompānijas gaisa kuģi līdzīgā starptautiskā gaisa satiksmē.

6. pants

Atbrīvošana no muitas un citām nodevām

1. Vienas Līgumslēdzējas Puses katras nozīmētās aviokompānijas izmantotie gaisa kuģi, kas ielido otras Līgumslēdzējas Puses valsts teritorijā un no tās atkal izlido vai lido tai pāri, kā

gen oder es durchfliegen, einschließlich der an Bord befindlichen Treibstoffe, Schmieröle, Ersatzteile, üblichen Ausrüstungsgegenstände und Bordvorräte, bleiben frei von Zöllen und sonstigen bei der Einfuhr, Ausfuhr oder Durchfuhr von Waren erhobenen Abgaben. Das gilt auch für an Bord der Luftfahrzeuge befindliche Waren, die auf dem Flug über dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei verbraucht werden.

(2) Treibstoffe, Schmieröle, Ersatzteile, übliche Ausrüstungsgegenstände und Bordvorräte, die in das Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei vorübergehend eingeführt werden, um dort unmittelbar oder nach Lagerung in die Luftfahrzeuge eines bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei eingebaut oder sonst an Bord genommen zu werden oder aus dem Hoheitsgebiet der erstgenannten Vertragspartei auf andere Weise wieder ausgeführt zu werden, bleiben frei von den in Absatz 1 genannten Zöllen und sonstigen Abgaben. Werbematerial und Beförderungsdokumente jedes bezeichneten Unternehmens der einen Vertragspartei bleiben bei der Einfuhr in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ebenfalls von den in Absatz 1 genannten Zöllen und sonstigen Abgaben frei.

(3) Treibstoffe und Schmieröle, die im Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei an Bord der Luftfahrzeuge jedes bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei genommen und im internationalen Fluglinienverkehr verwendet werden, bleiben frei von den in Absatz 1 genannten Zöllen und sonstigen Abgaben und von etwaigen besonderen Verbrauchsabgaben.

(4) Eine Vertragspartei kann die in den Absätzen 1 bis 3 genannten Waren unter Zollüberwachung halten.

(5) Soweit für die in den Absätzen 1 bis 3 genannten Waren Zölle und sonstige Abgaben nicht erhoben werden, unterliegen diese Waren nicht den sonst für sie geltenden wirtschaftlichen Ein-, Aus- und Durchfuhrverboten und -beschränkungen.

(6) Jede Vertragspartei gewährt für Gegenstände und Dienstleistungen, die jedem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei geliefert bzw. erbracht und für Zwecke seines Geschäftsbetriebs verwendet werden, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit eine Entlastung von der Umsatzsteuer oder von ähnlichen indirekten Steuern. Die Steuerentlastung kann durch eine Befreiung oder Erstattung erfolgen.

Artikel 7

Überweisung von Einkünften

Jede Vertragspartei gewährt jedem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei das Recht, die durch den Verkauf von Beförderungsdiensten im Luftverkehr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei erzielten Einkünfte jederzeit, auf jede Weise, frei und ohne Beschränkung in jeder frei konvertierbaren Währung zum amtlichen Wechselkurs an seine Hauptniederlassung zu überweisen.

Artikel 8

Grundsätze für den Betrieb des vereinbarten Linienverkehrs

(1) Jedem bezeichneten Unternehmen jeder Vertragspartei wird in billiger und gleicher Weise Gelegenheit gegeben, den Fluglinienverkehr auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien zu betreiben.

(2) Beim Betrieb des internationalen Fluglinienverkehrs auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien nimmt jedes bezeichnete Unternehmen einer Vertragspartei auf die Interessen jedes bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei Rücksicht, damit der von diesen Unternehmen auf den gleichen Linien oder Teilen derselben betriebene Fluglinienverkehr nicht ungebührlich beeinträchtigt wird.

(3) Der internationale Fluglinienverkehr auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien dient vor allem dazu, ein Beförderungsangebot bereitzustellen, das der voraussehbaren Verkehrs-

arī gaisa kuģī esošā degviela, smērvielas, rezerves daļas, aprīkojums un gaisa kuģa krājumi tiek atbrīvoti no muitas un citām par preču ieviešanu, izvešanu vai tranzītu piedzenamām nodevām. Tas attiecas arī uz gaisa kuģī esošajām precēm, kas tiek patērētas lidojuma laikā pāri otras Līgumslēdzējas Puses valsts teritorijai.

2. Degviela, smērvielas, rezerves daļas, citi parastie aprīkojuma priekšmeti un gaisa kuģa krājumi, kas uz laiku tiek ievesti vienas Līgumslēdzējas Puses valsts teritorijā, lai tur tūlīt vai pēc uzglabāšanas tiktu uzstādīti vai uzņemti otras Līgumslēdzējas Puses kādas nozīmētās aviokompānijas gaisa kuģī, vai arī citādā veidā atkal izvesti no minētās Līgumslēdzējas Puses valsts teritorijas, tiek atbrīvoti no šī panta 1. punktā minētās muitas un citām nodevām. No šī panta 1. punktā minētās muitas un citām nodevām tiek atbrīvoti arī vienas Līgumslēdzējas Puses katras nozīmētās aviokompānijas reklāmas materiāli un pārvadājumu dokumenti, kurus iaved otras Līgumslēdzējas Puses valsts teritorijā.

3. Degviela un smērvielas, kas tiek uzņemtas vienas Līgumslēdzējas Puses valsts teritorijā otras Līgumslēdzējas Puses katras nozīmētās aviokompānijas gaisa kuģī un tiek izmantotas starptautiskajos pārvadājumos, ir atbrīvotas no šī panta 1. punktā minētās muitas un citām nodevām, un no iespējamām īpašām patēriņa nodevām.

4. Viena Līgumslēdzēja Puse var šī panta 1., 2. un 3. punktā minētās preces nodot otras Līgumslēdzējas Puses muitas uzraudzībā.

5. Ja šī panta 1., 2. un 3. punktā minētajām precēm netiek piedzītas muitas un citas nodevas, tad šie priekšmeti un preces nav pakļauti parasti uz tiem attiecināmiem ieviešanas, izvešanas un tranzīta aizliegumiem un ierobežojumiem.

6. Katra Līgumslēdzēja Puse savstarpēji atbrīvo no apgrozījuma nodokļa vai līdzīgiem netiešiem nodokļiem priekšmetus un pakalpojumus, kas tiek piegādāti vai sniegti otras Līgumslēdzējas Puses katrai nozīmētajai aviokompānijai un kas tiek izmantoti šīs aviokompānijas darbības mērķiem. Nodokļu atvieglojumi var būt sekojošās formās: vai nu atbrīvojot no nodokļiem vai nu kompensējot nomaksātos nodokļus.

7. pants

Ienākumu pārskaitīšana

Katra Līgumslēdzēja Puse piešķir otras Līgumslēdzējas Puses nozīmētajai aviokompānijai tiesības jebkurā laikā un veidā brīvi un bez ierobežojumiem jebkurā brīvi konvertējamā valūtā saskaņā ar oficiālo maiņas kursu nosūtīt uz tās pastāvīgo uzturēšanās vietu ienākumus, kas gūti, pārdodot gaisa pārvadājumu pakalpojumus otras Līgumslēdzējas Puses teritorijā.

8. pants

Satiksmes maršrutu saskaņotas ekspluatācijas principi

1. Katrai Līgumslēdzējas Puses nozīmētajai aviokompānijai tiek dota iespēja izdevīgi un uz vienlīdzīgiem noteikumiem veikt gaisa satiksmi 2. panta 2. punktā paredzētajā kārtībā noteiktajos maršrutos.

2. Veicot starptautisko gaisa satiksmi 2. panta 2. punktā paredzētajā kārtībā noteiktajos maršrutos, vienas Līgumslēdzējas Puses katra nozīmētā aviokompānija ievēro otras Līgumslēdzējas Puses katras nozīmētās aviokompānijas intereses, lai šo aviokompāniju nodrošinātā gaisa satiksme pa vieniem un tiem pašiem maršrutiem vai to daļām netiktu traucēta.

3. Starptautisko gaisa satiksmi 2. panta 2. punktā paredzētajā kārtībā noteiktajos maršrutos veic, lai veidotu piedāvājumu, kas atbilstu paredzamajam pieprasījumam pēc pārvadājumiem uz

nachfrage nach und von dem Hoheitsgebiet der Vertragspartei entspricht, welche die Unternehmen bezeichnet hat. Das Recht dieser Unternehmen, Beförderungen zwischen den im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gelegenen Punkten einer nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linie und Punkten in dritten Staaten auszuführen, wird im Interesse einer geordneten Entwicklung des internationalen Luftverkehrs so ausgeübt, daß das Beförderungsangebot angepaßt ist

- a) an die Verkehrsnachfrage nach und von dem Hoheitsgebiet der Vertragspartei, welche die Unternehmen bezeichnet hat,
- b) an die in den durchflogenen Gebieten bestehende Verkehrsnachfrage unter Berücksichtigung des örtlichen und regionalen Fluglinienverkehrs,
- c) an die Erfordernisse eines wirtschaftlichen Betriebs der Fluglinien des Durchgangsverkehrs.

(4) Um eine billige und gleiche Behandlung jedes bezeichneten Unternehmens zu gewährleisten, bedürfen die Frequenz der Flugdienste, die vorgesehenen Luftfahrzeugmuster hinsichtlich ihrer Kapazität sowie die Flugpläne der Genehmigung durch die Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien.

(5) Erforderlichenfalls sollen sich die Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien bemühen, eine zufriedenstellende Regelung des Beförderungsangebots und der Frequenzen zu erreichen.

Artikel 9 Übermittlung von Betriebsangaben und Statistiken

(1) Jedes bezeichnete Unternehmen teilt den Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien spätestens einen Monat vor Aufnahme des Fluglinienverkehrs auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien die Art der Dienste, die vorgesehenen Luftfahrzeugmuster und die Flugpläne mit. Dies gilt auch für spätere Änderungen.

(2) Die Luftfahrtbehörde der einen Vertragspartei stellt der Luftfahrtbehörde der anderen Vertragspartei auf Ersuchen alle regelmäßigen oder sonstigen statistischen Unterlagen der bezeichneten Unternehmen zur Verfügung, die vernünftigerweise angefordert werden können, um das von jedem bezeichneten Unternehmen der erstgenannten Vertragspartei auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien bereitgestellte Beförderungsangebot zu überprüfen. Diese Unterlagen müssen alle Angaben enthalten, die zur Feststellung des Umfangs sowie der Herkunft und Bestimmung des Verkehrs erforderlich sind.

Artikel 10 Tarife

(1) Die Tarife, die von einem bezeichneten Unternehmen auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien für Fluggäste angewendet werden, bedürfen der Genehmigung durch die Luftfahrtbehörde der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet der Abgangspunkt der Flugreise (gemäß Angabe in den Beförderungsdokumenten) liegt.

(2) Die bezeichneten Unternehmen berücksichtigen in ihren Tarifen die Betriebskosten, einen angemessenen Gewinn, die bestehenden Wettbewerbs- und Marktbedingungen sowie die Interessen der Nutzer. Die zuständige Luftfahrtbehörde darf die Erteilung der Genehmigung nur dann ablehnen, wenn ein Tarif diesen Kriterien nicht entspricht.

(3) Die bezeichneten Unternehmen legen den Luftfahrtbehörden die Tarife spätestens einen Monat vor dem vorgesehenen ersten Anwendungstag zur Genehmigung vor.

(4) Ist die Luftfahrtbehörde einer Vertragspartei mit einem ihr zur Genehmigung vorgelegten Tarif nicht einverstanden, so unterrichtet sie das betroffene Unternehmen innerhalb von einundzwanzig Tagen nach dem Tag der Vorlage des Tarifs. Der Tarif darf in diesem Fall nicht angewendet werden. Anzuwenden ist weiterhin der bisherige Tarif, der durch den neuen Tarif ersetzt werden sollte.

aviokompāniju nozīmējušās Līgumslēdzējas Puses valsts teritoriju un no tās.

Šo aviokompāniju tiesības veikt pārvadājumus starp otras Līgumslēdzējas Puses valsts teritorijā esošajiem punktiem 2. panta 2. punktā paredzētajā kārtībā noteiktajos maršrutos un starp punktiem trešajās valstīs starptautiskās gaisa satiksmes attīstības interesēs tiek realizētas tā, ka pārvadājuma piedāvājums ir saskaņots

- a) ar pieprasījumu pēc pārvadājumiem tās Līgumslēdzējas Puses valsts teritorijā, kas nozīmējusi aviokompāniju;
- b) ar pieprasījumu pēc pārvadājumiem apgabalos, pār kuriem tiks veikti lidojumi, ņemot vērā vietējo un reģionālo gaisa satiksmi;
- c) ar prasībām pēc tranzīta gaisa līniju ekonomiskas ekspluatācijas.

4. Lai katrai nozīmētajai aviokompānijai garantētu gaisa pārvadājumus uz izdevīgiem un vienlīdzīgiem noteikumiem, ir nepieciešama Līgumslēdzēju Pušu aviācijas institūciju piekrišana lidojumu biežumam, paredzēto gaisa kuģu tipu ietilpībai un lidojumu sarakstiem.

5. Nepieciešamības gadījumā Līgumslēdzēju Pušu aviācijas institūcijām jācenšas panākt apmierinošu pārvadājumu apjoma un biežuma noregulējumu.

9. pants Informēšana par aviokompānijas statistikas datiem

1. Nozīmētās aviokompānijas ne vēlāk kā vienu mēnesi pirms gaisa satiksmes uzsākšanas 2. panta 2. punktā paredzētajā kārtībā noteiktajos maršrutos paziņo Līgumslēdzēju Pušu aviācijas institūcijas pakalpojumu veidu, paredzēto gaisa kuģu tipu un lidojumu sarakstus. Tas attiecas arī uz vēlākām izmaiņām.

2. Vienas Līgumslēdzējas Puses aviācijas institūcija nodod pēc pieprasījuma otras Līgumslēdzējas Puses aviācijas institūcijas rīcībā visus periodiskos un citus nozīmēto aviokompāniju statistikas datus, kurus saprātīgā apmērā var pieprasīt, lai pārbaudītu minētās Līgumslēdzējas Puses katras nozīmētās aviokompānijas veidoto pārvadājuma piedāvājumu 2. panta 2. punktā paredzētajā kārtībā noteiktajos maršrutos. Šai informācijai jāsaturs visi dati, kas nepieciešami, lai noteiktu veikto pārvadājumu sākuma punktu, to apjomu un to galapunktu.

10. pants Tarifi

1. Tarifus, kurus nozīmētās aviokompānijas paredz iekasēt no pasažieriem šī Līguma 2. panta 2. punktā paredzētajā kārtībā noteiktajos maršrutos, jāapstiprina tās Līgumslēdzējas Puses aviācijas institūcijai, kuras teritorijā (saskaņā ar pārvadājumu dokumentiem) atrodas lidojuma sākuma punkts.

2. Nosakot tarifus, nozīmētās aviokompānijas ņem vērā ekspluatācijas izmaksas, pieņemamu peļņas apjomu, valdošos konkurences un tirgus apstākļus, kā arī satiksmes lietotāju intereses. Kompetentā aviācijas institūcija var atteikties apstiprināt tarifu tikai tad, ja netiek ņemti vērā šie kritēriji.

3. Nozīmētās aviokompānijas pienākums ir iesniegt tarifus aviācijas institūcijā apstiprināšanai vismaz vienu mēnesi pirms to paredzētā ieviešanas datuma.

4. Ja Līgumslēdzējas Puses aviācijas institūcija noraida iesniegto tarifu, tā informē attiecīgo aviokompāniju 21 dienas laikā pēc tarifa iesniegšanas. Tādā gadījumā tarifu nedrīkst piemērot. Paliek spēkā iepriekšējais tarifs, kura vietā vajadzēja stāties spēkā jaunam tarifam.

Artikel 11**Gewerbliche Tätigkeiten**

(1) Jede Vertragspartei gewährt jedem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei auf der Grundlage der Gegenseitigkeit das Recht, in ihrem Hoheitsgebiet Niederlassungen sowie Verwaltungs-, kaufmännisches und technisches Personal zu unterhalten, soweit sie von dem bezeichneten Unternehmen benötigt werden.

(2) Bei der Einrichtung der Niederlassungen und der Beschäftigung des Personals nach Absatz 1 sind die Gesetze und sonstigen Vorschriften der betreffenden Vertragspartei, wie die Gesetze und sonstigen Vorschriften über die Einreise von Ausländern und ihren Aufenthalt im Hoheitsgebiet der betreffenden Vertragspartei, einzuhalten. Das in den Niederlassungen nach Absatz 1 beschäftigte Personal benötigt jedoch keine Arbeitserlaubnis.

(3) Jede Vertragspartei gewährt jedem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei auf der Grundlage der Gegenseitigkeit das Recht der Selbstabfertigung von Fluggästen, Gepäck, Fracht und Post für die bezeichneten Unternehmen oder andere Luftfahrtunternehmen der anderen Vertragspartei. Dieses Recht schließt den den Flughäfen vorbehaltenen Bereich der luftseitigen Bodenverkehrsdienste (Verkehrsabfertigung der Luftfahrzeuge) nicht ein.

(4) Jede Vertragspartei gewährt jedem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei das Recht, seine Beförderungsleistungen auf eigenen Beförderungsdokumenten unmittelbar in eigenen Verkaufsräumen sowie durch seine Agenten im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei an jeden Kunden in jeder Währung zu verkaufen.

Artikel 12**Luftsicherheit**

(1) In Übereinstimmung mit ihren völkerrechtlichen Rechten und Pflichten bekräftigen die Vertragsparteien ihre gegenseitige Verpflichtung, die Sicherheit der Zivilluftfahrt vor widerrechtlichen Eingriffen zu schützen. Ohne den allgemeinen Charakter ihrer völkerrechtlichen Rechte und Pflichten einzuschränken, handeln die Vertragsparteien insbesondere im Einklang mit dem am 14. September 1963 in Tokyo unterzeichneten Abkommen über strafbare und bestimmte andere an Bord von Luftfahrzeugen begangene Handlungen, dem am 16. Dezember 1970 in Den Haag unterzeichneten Übereinkommen zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen, dem am 23. September 1971 in Montreal unterzeichneten Übereinkommen zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt, und dem am 24. Februar 1988 in Montreal unterzeichneten Protokoll zur Bekämpfung widerrechtlicher gewalttätiger Handlungen auf Flughäfen, die der internationalen Zivilluftfahrt dienen, in Ergänzung des am 23. September 1971 in Montreal beschlossenen Übereinkommens zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt.

(2) Die Vertragsparteien gewähren einander auf Ersuchen jede erforderliche Unterstützung, um die widerrechtliche Inbesitznahme ziviler Luftfahrzeuge und andere widerrechtliche Handlungen gegen die Sicherheit solcher Luftfahrzeuge, ihrer Fluggäste und Besatzung, von Flughäfen und Flugnavigationseinrichtungen sowie jede sonstige Bedrohung der Sicherheit der Zivilluftfahrt zu verhindern.

(3) Wird ein ziviles Luftfahrzeug widerrechtlich in Besitz genommen oder werden sonstige widerrechtliche Eingriffe gegen die Sicherheit eines solchen Luftfahrzeugs, seiner Fluggäste und Besatzung sowie gegen die Sicherheit von Flughäfen oder Flugnavigationseinrichtungen begangen oder angedroht, so unterstützen die Vertragsparteien einander in gegenseitigen Konsultationen durch Erleichterung des Fernmeldeverkehrs und sonstige geeignete Maßnahmen, um solche Vorfälle oder solche Bedrohungen so rasch zu beenden, wie dies bei möglichst geringer Gefährdung von Leben durchführbar ist.

11. pants**Komercedarbība**

1. Viena Līgumslēdzēja Puse otras Līgumslēdzējas Puses katrai nozīmētajai aviokompānijai uz savstarpējiem noteikumiem dod tiesības savas valsts teritorijā uzturēt nepieciešamās aģentūras, kā arī pārvaldes, komerciālo un tehnisko personālu.

2. Iekārtojot filiāles un nodarbinot personālu saskaņā ar šī panta 1. punktu, jāievēro attiecīgās Līgumslēdzējas Puses likumi un citi noteikumi, kā, piemēram, par ārzemnieku iebraukšanu un uzturēšanos attiecīgās Līgumslēdzējas Puses valsts teritorijā. Personālam, kas nodarbināts saskaņā ar šī panta 1. punktu izveidotajās filiālēs, tomēr nav vajadzīga darba atļauja.

3. Katra Līgumslēdzēja Puse uz savstarpējiem pamatiem piešķir tiesības otras Līgumslēdzējas Puses katrai nozīmētajai aviokompānijai apkalpot pašai savu vai otras Līgumslēdzējas Puses citu aviokompāniju gaisa kuģu pasažierus, bagāžu, kravu un pastu. Šīs tiesības neietver gaisa kuģu apkalpošanu uz zemes (sagatavošana lidojumam), kas ir lidostu ekspluatantu privilēģija.

4. Katra Līgumslēdzēja Puse dod tiesības otras Līgumslēdzējas Puses jebkurai nozīmētajai aviokompānijai pārdot savus pārvadājumu pakalpojumus, lietojot savus pārvadājumu dokumentus, tieši savās aģentūrās un ar aģentu starpniecību otras Līgumslēdzējas Puses valsts teritorijā jebkuram klientam par jebkuru valūtu.

12. pants**Aviācijas drošība**

1. Saskaņā ar starptautisko tiesību normām un no tām izrietošajiem pienākumiem Līgumslēdzējas Puses apliecina, ka šī Līguma būtiska sastāvdaļa ir to savstarpējais pienākums garantēt civilās aviācijas drošību, novēršot nelikumīgas lejaukšanās aktus. Ierobežojot starptautisko tiesību un no tām izrietošo pienākumu vispārējo raksturu, Līgumslēdzējas Puses darbojas galvenokārt saskaņā ar Konvenciju par noziegumiem un dažiem citiem nelikumīgiem aktiem, kas izdarīti gaisa kuģos, kura parakstīta 1963. gada 14. septembrī Tokijā, Konvenciju par nelikumīgas gaisa kuģu sagrābšanas novēršanu, kura parakstīta 1970. gada 16. decembrī Hāgā un Konvenciju par cīņu pret nelikumīgiem aktiem, kas apdraud civilās aviācijas drošību, kura parakstīta 1971. gada 23. septembrī Monreālā un tās Protokolu par cīņu pret vardarbīgiem nelikumīgiem aktiem lidostās, kas apkalpo starptautisko civilo aviāciju, kurš parakstīts 1988. gada 24. februārī Monreālā.

2. Līgumslēdzējas Puses pēc pieprasījuma viena otrai sniedz nepieciešamo palīdzību, lai novērstu nelikumīgu civilo gaisa kuģu sagrābšanu un citus pret gaisa kuģiem, to pasažieriem un apkalpi, lidostām un aeronavigācijas iekārtām vērstus nelikumīgus aktus vai citādus draudus civilās aviācijas drošībai.

3. Ja notiek nelikumīgs civilās aviācijas gaisa kuģa sagrābšanas incidents vai rodas tā draudi, vai tiek veiktas citas nelikumīgas darbības pret gaisa kuģa, tā pasažieru un kravas, lidostu un aeronavigācijas iekārtu drošību, Līgumslēdzējas Puses, savstarpēji konsultējoties, palīdz viena otrai, atvieglot sakarus un veicot citus atbilstošus pasākumus, lai ātri un, pēc iespējas mazāk riskējot ar cilvēku dzīvībām, izbeigtu šo incidentu vai tā draudus.

(4) Jede Vertragspartei trifft alle ihr durchführbar erscheinenden Maßnahmen, um sicherzustellen, daß ein Luftfahrzeug, das widerrechtlich in Besitz genommen wurde oder hinsichtlich dessen andere widerrechtliche Eingriffe vorgenommen wurden und das sich in ihrem Hoheitsgebiet am Boden befindet, dort festgehalten wird, sofern nicht sein Abflug aufgrund der vordringlichen Verpflichtung zum Schutz des Lebens der Besatzung und der Fluggäste erforderlich wird. Diese Maßnahmen sollten, soweit durchführbar, auf der Grundlage gegenseitiger Konsultationen getroffen werden.

(5) Die Vertragsparteien handeln in ihren gegenseitigen Beziehungen im Einklang mit den Luftsicherheitsvorschriften, die von der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation festgelegt und zu Anhängen des Zivilluftfahrt-Abkommens bestimmt werden, soweit diese Sicherheitsvorschriften auf die Vertragsparteien anwendbar sind; sie verlangen, daß die Halter von in ihr Register eingetragenen Luftfahrzeugen und die Luftfahrzeughalter, die ihren Hauptgeschäftssitz oder ihren ständigen Aufenthalt in ihrem Hoheitsgebiet haben, sowie die Betreiber von Flughäfen in ihrem Hoheitsgebiet im Einklang mit diesen Luftsicherheitsvorschriften handeln.

(6) Jede Vertragspartei erklärt sich damit einverstanden, daß von diesen Luftfahrzeughaltern verlangt werden kann, die in Absatz 5 genannten Sicherheitsvorschriften einzuhalten, die von der anderen Vertragspartei für den Einflug in ihr Hoheitsgebiet, den Ausflug aus ihrem Hoheitsgebiet oder den Aufenthalt in ihrem Hoheitsgebiet festgelegt wurden. Jede Vertragspartei gewährleistet, daß in ihrem Hoheitsgebiet Maßnahmen zum Schutz von Luftfahrzeugen und zur Durchleuchtung von Fluggästen, Besatzung und Handgepäck sowie zur Durchführung angemessener Sicherheitskontrollen bei Gepäck, Fracht und Bordvorräten vor und bei dem Einsteigen oder Beladen wirksam angewendet werden. Jede Vertragspartei wird jedes Ersuchen der anderen Vertragspartei um vernünftige besondere Sicherheitsmaßnahmen zur Abwendung einer bestimmten Bedrohung wohlwollend prüfen.

(7) Weicht eine Vertragspartei von den Luftsicherheitsvorschriften dieses Artikels ab, so kann die Luftfahrtbehörde der anderen Vertragspartei um sofortige Konsultationen mit der Luftfahrtbehörde der erstgenannten Vertragspartei ersuchen. Kommt innerhalb eines Monats nach dem Datum dieses Ersuchens eine zufriedenstellende Einigung nicht zustande, so ist dies ein Grund, die Betriebsgenehmigung eines oder mehrerer Luftfahrtunternehmen der erstgenannten Vertragspartei vorzuenthalten, zu widerrufen, einzuschränken oder mit Auflagen zu versehen. Wenn eine ernste Notlage dies erfordert, kann eine Vertragspartei vor Ablauf dieses Monats vorläufige Maßnahmen treffen.

Artikel 13

Einreise und Kontrolle der Reisedokumente

(1) Auf Ersuchen einer Vertragspartei gestattet die andere Vertragspartei den Unternehmen, die in beiden Staaten Luftverkehrsrechte ausüben, die Durchführung von Maßnahmen, die gewährleisten sollen, daß nur Fluggäste mit den für die Einreise in oder die Durchreise durch den ersuchenden Staat erforderlichen Reisedokumenten befördert werden.

(2) Jede Vertragspartei nimmt eine Person, die an ihrem Zielort zurückgewiesen wurde, nachdem dort festgestellt worden war, daß sie nicht einreiseberechtigt war, zum Zweck der Überprüfung auf, wenn sich diese Person vor ihrer Abreise nicht nur im unmittelbaren Transit im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei aufgehalten hat. Die Vertragsparteien weisen eine solche Person nicht in das Land zurück, in dem zuvor festgestellt worden ist, daß sie nicht einreiseberechtigt ist.

(3) Diese Bestimmung hindert die Behörden nicht daran, eine zurückgewiesene, nicht einreiseberechtigte Person einer weiteren Überprüfung zu unterziehen, um festzustellen, ob sie schließlich in dem Staat aufgenommen werden kann, oder um Vorkehrungen für ihre Weiterbeförderung, Entfernung oder Abschiebung in einen Staat, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt oder in dem sie aus anderen Gründen Aufnahme finden kann, zu treffen. Hat eine Person, von der festgestellt worden ist, daß sie nicht einreise-

4. Katrai Līgumslēdzējai Pusei jāveic pasākumi, kurus tā uzskata par iespējamiem, lai nodrošinātu nelikumīgi sagrābta vai citiem nelikumīgiem aktiem pakļauta gaisa kuģa aizturēšanu uz zemes pirms tā izlidošanas, ja vien tā izlidošana nav nepieciešama, lai glābtu apkalpes un pasažieru dzīvības. Šie pasākumi, ciktāl tas iespējams, jānosaka abām Līgumslēdzējām Pusēm.

5. Līgumslēdzējas Puses savstarpējās attiecībās rīkojas saskaņā ar aviācijas drošības noteikumiem, kurus kā Konvencijas pielikumus noteikusi Starptautiskā civilās aviācijas organizācija, ciktāl šie drošības nosacījumi ir piemērojami Līgumslēdzējām Pusēm; tās pieprasa, lai visu reģistrēto gaisa kuģu ekspluatanti vai gaisa kuģu ekspluatanti, kuru galvenā darbības vieta vai pastāvīgā uzturēšanās vieta ir to teritorijā, kā arī lidostu ekspluatanti to teritorijā darbojas saskaņā ar aviācijas drošības noteikumiem.

6. Katra Līgumslēdzēja Puse piekrīt, ka minētajiem gaisa kuģu ekspluatantiem var pieprasīt ievērot šī panta 5. punktā paredzētos aviācijas drošības noteikumus, kurus pieprasa viena Līgumslēdzēja Puse, otras Līgumslēdzējas Puses gaisa kuģiem ierodoties un uzturoties tās teritorijā vai atstājot tās teritoriju. Katra Līgumslēdzēja Puse nodrošina, lai tās teritorijā tiktu veikti efektīvi pasākumi gaisa kuģu aizsargāšanai un pasažieru, apkalpes, rokas bagāžas, bagāžas, kravu un gaisa kuģa krājumu pārbaudīšanai pirms iekāpšanas vai iekraušanas gaisa kuģī vai tās laikā. Katra Līgumslēdzēja Puse ar saprātīgi izvērtēs jebkuru otras Līgumslēdzējas Puses lūgumu pēc saprātīgiem sevišķiem drošības pasākumiem, kas vērsti pret konkrētiem draudiem.

7. Ja viena Līgumslēdzēja Puse neievēro šajā pantā paredzētos aviācijas drošības noteikumus, otras Līgumslēdzējas Puses aviācijas institūcijas var pieprasīt tūlītējas konsultācijas ar minētās Līgumslēdzējas Puses aviācijas institūciju. Ja viena mēneša laikā no pieprasījuma iesniegšanas datuma netiek panākta apmierinoša vienošanās, var tikt anulēti, apturēti vai ierobežoti drošības noteikumus pārkāpušās Līgumslēdzējas Puses aviokompānijas ekspluatanta apliecībā paredzētie gaisa pārvadājumi vai pieteikta prasība. Būtiskas nepieciešamības gadījumā konsultācijas ierosinājusī Līgumslēdzēja Puse var veikt šos pasākumus pirms viena mēneša termiņa notecēšanas.

13. pants

Ieceļošana un tai nepieciešamo dokumentu kontrole

1. Pēc vienas Līgumslēdzējas Puses pieprasījuma otra Līgumslēdzēja Puse atļauj aviokompānijai, kas tiesīga veikt gaisa satiksmi abās valstīs, īstenot pasākumus, kuri nodrošinātu, ka tiek pārvadāti tikai pasažieri ar attiecīgajā valstī nepieciešamajiem ieceļošanas vai tranzīta dokumentiem.

2. Katra Līgumslēdzēja Puse pieņem atpakaļ ceļojuma galamērķī atraidītu personu, lai izskatītu tās lietu, pēc tam, kad tur ir noskaidrots, ka tai nav ieceļošanas tiesību, un ja šī persona pirms ieceļošanas šīs Līgumslēdzējas Puses valsts teritorijā nav uzturējusies tikai tiešajā tranzītā. Līgumslēdzējas Puses nesūtīs tādu personu atpakaļ uz valsti, kurā pirms tam noskaidrots, ka tai nav ieceļošanas tiesību.

3. Šis nosacījums netraucē attiecīgās institūcijas pakļaut šādu izraidītu personu bez ieceļošanas dokumentiem tālākai pārbaudei, lai konstatētu, vai to iespējams uzņemt valstī, vai arī lai veiktu pasākumus tās tālākai pārvadāšanai, aizgādāšanai vai izsūtīšanai uz valsti, kuras pavalstniece tā ir vai kurā tā tiktu uzņemta citu iemeslu dēļ. Ja persona, par kuru ir konstatēts, ka tai nav ieceļošanas dokumentu, ir pazaudējusi vai iznīcinājusi savus dokumentus, tad viena Līgumslēdzēja Puse to vietā atzīst tās Līgum-

berechtigt ist, ihre Reisedokumente verloren oder zerstört, so erkennt eine Vertragspartei statt dessen ein von den Behörden der Vertragspartei, bei der festgestellt wurde, daß die Person nicht einreiseberechtigt ist, ausgestelltes Dokument an, das die Umstände von Abflug und Ankunft bestätigt.

Artikel 14

Meinungsaustausch

Zwischen den Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien findet nach Bedarf ein Meinungsaustausch statt, um eine enge Zusammenarbeit und eine Verständigung in allen die Anwendung dieses Abkommens berührenden Angelegenheiten herbeizuführen.

Artikel 15

Konsultationen

Zur Erörterung von Änderungen dieses Abkommens oder des Fluglinienplans oder von Auslegungsfragen kann eine Vertragspartei jederzeit Konsultationen beantragen. Das gilt auch für Erörterungen über die Anwendung des Abkommens, wenn nach Ansicht einer Vertragspartei ein Meinungsaustausch nach Artikel 14 kein zufriedenstellendes Ergebnis erbracht hat. Die Konsultationen beginnen innerhalb von zwei Monaten nach Eingang des Antrags bei der anderen Vertragspartei.

Artikel 16

Beilegung von Streitigkeiten

(1) Soweit eine Meinungsverschiedenheit über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens nicht nach Artikel 15 beigelegt werden kann, wird sie auf Verlangen einer Vertragspartei einem Schiedsgericht unterbreitet.

(2) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Vorsitzenden einigen, der von den Regierungen der Vertragsparteien bestellt wird. Die Mitglieder werden innerhalb von zwei Monaten, der Vorsitzende innerhalb von drei Monaten bestellt, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(3) Werden die in Absatz 2 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Rates der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident, der ihn vertritt, die Ernennungen vornehmen.

(4) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind für die Vertragsparteien bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Vorsitzenden sowie die sonstigen Kosten werden von den Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 17

Mehrseitige Übereinkommen

Tritt ein von den Vertragsparteien angenommenes allgemeines mehrseitiges Luftverkehrsübereinkommen in Kraft, so gehen dessen Bestimmungen vor. Erörterungen zur Feststellung, inwieweit ein mehrseitiges Übereinkommen dieses Abkommen beendet, ersetzt, ändert oder ergänzt, finden nach Artikel 15 statt.

Artikel 18

Registrierung bei der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation

Dieses Abkommen, jede Änderung desselben und jeder Notenwechsel nach Artikel 2 Absatz 2 werden von den beiden Vertrags-

sländzējas Puses, kurā tika konstatēts, ka personai nav ieeļošanas dokumentu, institūcijas izdotu dokumentu, kas apstiprina tās izceļošanas un ieeļošanas apstākļus.

14. pants

Apmaiņa ar informāciju

Starp Līgumslēdzēju Pušu aviācijas institūcijām nepieciešamības gadījumos notiek apmaiņa ar informāciju, lai panāktu ciešu sadarbību un saprašanos visās šī Līguma piemērošanas jomās.

15. pants

Konsultācijas

Līgumslēdzējas Puses jebkurā laikā var ierosināt konsultācijas, lai apspriestu šī Līguma grozījumus vai izmaiņas lidojumu sarakstā, vai sakarā ar Līguma skaidrojumu. Tas attiecas arī uz šī Līguma piemērošanas apspriešanu, ja pēc vienas Līgumslēdzējas Puses uzskatiem saskaņā ar 14. pantu veiktajai apmaiņai ar informāciju nav apmierinošu rezultātu. Konsultācijas sākas divu mēnešu laikā no dienas, kad otra Līgumslēdzēja Puse ir saņēmusi priekšlikumu.

16. pants

Strīdu izšķiršana

1. Ja domstarpības par šī Līguma skaidrojumu vai piemērošanu nevar novērst saskaņā ar 15. panta nosacījumiem, tad pēc vienas Līgumslēdzējas Puses pieprasījuma domstarpības tiek nodotas izskatīšanai šķīrējtiesā.

2. Šķīrējtiesu veido konkrētas lietas izskatīšanai, katrai Līgumslēdzējai Pusei ieceļot pa vienam tiesnesim, kuri vienojas par kādas trešās valsts pilsoni, kuru par šķīrējtiesas priekšsēdētāju ieceļ Līgumslēdzēju Pušu Valdības. Tiesnesi ieceļ divu mēnešu, bet priekšsēdētāju trīs mēnešu laikā no dienas, kad viena Līgumslēdzēja Puse ir paziņojusi otrai, ka tā strīdu grib nodot izskatīšanai šķīrējtiesā.

3. Je netiek ievēroti šī panta 2. punktā paredzētie termiņi un nav citas vienošanās, katra Līgumslēdzēja Puse var lūgt Starptautiskās civilās aviācijas organizācijas (ICAO) Padomes prezidentu iecelt nepieciešamos tiesnešus. Ja prezidentam ir vienas Līgumslēdzējas Puses valsts pilsonība vai citu iemeslu dēļ viņš nevar darīt, tad iecelšanu veic viceprezidents, kas viņu aizvieto.

4. Šķīrējtiesa strīdu izšķir ar balsu vairākumu. Tās lēmums Līgumslēdzējām Pusēm ir obligāts. Katra Līgumslēdzēja Puse sedz sava tiesneša, kā arī savas pārstāvniecības izdevumus tiesas procesā; priekšsēdētāja izdevumus un citus izdevumus Līgumslēdzējas Puses sedz līdzīgās daļās. Tiesas procedūru nosaka pati šķīrējtiesa.

17. pants

Daudzpusējas vienošanās

Ja spēkā stājas vispārēja daudzpusēja vienošanās par gaisa satiksmi, kuras dalībnieces ir Līgumslēdzējas Puses, tad piemēro tās noteikumus. Lai konstatētu, kādā mērā daudzpusēja vienošanās izbeidz, aizstāj, groza vai papildina šo Līgumu, saskaņā ar 15. pantu notiek konsultācijas.

18. pants

Reģistrācija ICAO

Šo Līgumu, katru tā grozījumu un katru apmaiņu ar notām saskaņā ar 2. panta 2. punktu abas Līgumslēdzējas Puses nosūta

parteien der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation zur Registrierung übermittelt.

reģistrēšanai Starptautiskajā civilās aviācijas organizācijā (ICAO).

Artikel 19

Inkrafttreten, Geltungsdauer

(1) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Tag in Kraft, an dem die Regierungen der Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind.

(2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

Artikel 20

Kündigung

Eine Vertragspartei kann die andere Vertragspartei jederzeit von ihrem Beschluß in Kenntnis setzen, dieses Abkommen zu beenden; die Kündigung wird gleichzeitig der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation mitgeteilt. In diesem Fall tritt das Abkommen zwölf Monate nach Eingang der Mitteilung bei der anderen Vertragspartei außer Kraft, sofern nicht die Kündigung vor Ablauf dieser Zeit durch Vereinbarung zurückgenommen wird. Wird der Eingang der Mitteilung von der anderen Vertragspartei nicht bestätigt, so gilt als Eingangstag der vierzehnte Tag nach dem Eingang der Mitteilung bei der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation.

Geschehen zu Riga am 5. April 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und lettischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

19. pants

Līguma stāšanās spēkā, derīguma termiņš

1. Šis Līgums stājas spēkā mēnesi pēc dienas, kurā abu Līgumslēdzēju Pušu Valdības apmainījušās ar notām par to, ka ir izpildīti nepieciešamie konstitucionālie priekšnoteikumi, lai Līgums stātos spēkā.

2. Šis Līgums tiek noslēgts uz nenoteiktu laiku.

20. pants

Līguma anulēšana

Katra Līgumslēdzēja Puse jebkurā laikā var rakstiski paziņot par tās lēmumu pārtraukt šo Līgumu; vienlaikus šis paziņojums par anulēšanu jāiesniedz Starptautiskajā civilās aviācijas organizācijā. Tādā gadījumā Līgums tiek pārtraukts 12 mēnešus pēc tam, kad otra Līgumslēdzēja Puse saņēmusi paziņojumu, ja vien paziņojums par anulēšanu pēc savstarpējas vienošanās nav atsaukts pirms šī perioda notecēšanas. Ja otra Līgumslēdzēja Puse noliedz paziņojuma saņemšanas faktu, paziņojumu uzskata par saņemtu 14 dienas pēc tam, kad to saņēmusi Starptautiskā civilās aviācijas organizācija.

Sastādīts Rīgā, 1993. gada „5.“ aprīlī divos oriģināleksemplāros, katrs no tiem vācu un latviešu valodā, turklāt visiem tekstiem ir vienāds juridisks spēks.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Vācijas Federatīvās Republikas vārdā
Günther Krause
Peter Rondorf

Für die Republik Lettland
Latvijas Republikas vārdā
Andris Gūtmanis

**Gesetz
zu dem Abkommen vom 18. Juni 1993
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Kuba
über den Luftverkehr**

Vom 13. September 1994

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Havanna am 18. Juni 1993 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kuba über den Luftverkehr wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 19 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 13. September 1994

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Verkehr
Wissmann

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Kuba
über den Luftverkehr**

**Convenio
entre la República Federal de Alemania
y la República de Cuba
sobre Transporte Aéreo**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Kuba –

La República Federal de Alemania
y
la República de Cuba –

im folgenden als Vertragsparteien bezeichnet,

en lo adelante denominadas las Partes Contratantes,

Vertragsparteien des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt,

siendo Partes Contratantes del Convenio de Aviación Civil Internacional del 7 de diciembre de 1944,

in dem Wunsch, ein Abkommen über die Einrichtung und den Betrieb des Fluglinienverkehrs zwischen ihren Hoheitsgebieten und darüber hinaus zu schließen –

deseando concluir un convenio sobre el establecimiento y funcionamiento de los servicios aéreos entre sus respectivos territorios y fuera de ellos –

sind wie folgt übereingekommen:

han convenido lo siguiente:

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeuten, soweit sich aus dessen Wortlaut nichts anderes ergibt,

- a) „Luffahrtbehörde“ in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister für Verkehr, in bezug auf die Republik Kuba den Präsidenten des Instituts für Zivilluftfahrt oder in beiden Fällen jede andere Person oder Stelle, die zur Wahrnehmung der diesen Behörden obliegenden Aufgaben ermächtigt ist;
- b) „bezeichnetes Unternehmen“ ein Luftfahrtunternehmen, das eine Vertragspartei der anderen Vertragspartei nach Artikel 3 schriftlich als ein Unternehmen bezeichnet hat, das auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien internationalen Fluglinienverkehr betreiben soll.

(2) Die Begriffe „Fluglinienverkehr“, „internationaler Fluglinienverkehr“ und „Landung zu nicht gewerblichen Zwecken“ haben für die Anwendung dieses Abkommens die in Artikel 96 des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die internationale Zivilluftfahrt in der jeweiligen gültigen Fassung festgelegte Bedeutung.

(3) Der Begriff „Hoheitsgebiet“ wird im Verhältnis der Vertragsparteien so verstanden, wie er im Völkerrecht angewendet wird.

(4) Der Begriff „Tarif“ bedeutet den Preis, der für die internationale Beförderung (d. h. die Beförderung zwischen Punkten in den Hoheitsgebieten von zwei oder mehr Staaten) von Fluggästen, Gepäck oder Fracht (ausgenommen Post) zu berechnen ist, und schließt folgendes ein:

- a) jeden Durchgangstarif oder Betrag, der für eine internationale Beförderung zu berechnen ist, die als solche vermarktet und verkauft wird, einschließlich derjenigen Durchgangstarife, die unter Verwendung von anderen Tarifen oder von Anschluß-

Artículo 1

Definición de los términos

(1) Para los fines del presente Convenio, a menos que en el texto se estipule de otro modo,

- a) el término “autoridades aeronáuticas” significa en el caso de la República Federal de Alemania, el Ministro Federal de Transportes y en el caso de la República de Cuba, el Presidente del Instituto de Aeronáutica Civil de Cuba o en ambos casos cualquier otra persona o entidad autorizada para desempeñar las funciones que ejercen dichas autoridades;
- b) el término “empresa aérea designada” se refiere a una empresa de transporte aéreo que una Parte Contratante haya designado por escrito a la otra Parte Contratante de acuerdo con el Artículo 3 del presente Convenio como la empresa que se dedicará a realizar servicios aéreos internacionales en las rutas especificadas de acuerdo con el párrafo 2 del Artículo 2 del presente Convenio.

(2) Los términos “servicio aéreo”, “servicio aéreo internacional” y “escala para fines no comerciales” tienen a los efectos del presente Convenio la acepción fijada en el Artículo 96 del Convenio de Aviación Civil Internacional del 7 de diciembre de 1944, conforme a la redacción respectivamente vigente del mismo.

(3) El término “territorio” en relación con las Partes Contratantes se interpreta de acuerdo con su aplicación en el derecho internacional.

(4) El término “tarifa” significa el precio que se ha de pagar por el transporte internacional (es decir, traslado entre puntos situados en los territorios de dos o más Estados) de pasajeros, equipaje o carga (exceptuado el correo) e incluye lo siguiente:

- a) toda tarifa de tránsito o importe que deba pagarse por un transporte internacional que se comercialice y venda como tal, incluidas aquellas tarifas de tránsito que se formen aplicando otras tarifas o tarifas de conexión para transportes en trayec-

tarifen für eine Beförderung auf internationalen Streckenabschnitten oder auf inländischen Streckenabschnitten, die Teil des internationalen Streckenabschnitts sind, gebildet werden;

- b) die Provision, die für den Verkauf von Flugscheinen für die Beförderung von Fluggästen und deren Gepäck oder für die entsprechenden Maßnahmen bei der Beförderung von Fracht zu zahlen ist;
- c) die Bedingungen, nach denen sich die Anwendbarkeit des Tarifs oder des Beförderungspreises oder die Provisionszahlung richtet.

Er umfaßt auch

- d) alle wesentlichen Leistungen, die in Verbindung mit der Beförderung erbracht werden;
- e) jeden Tarif für die als Zusatz zu einer internationalen Beförderung verkaufte Beförderung auf einem inländischen Streckenabschnitt, der für rein inländische Flüge nicht verfügbar ist und der nicht allen Beförderern im internationalen Verkehr und deren Kunden zu gleichen Bedingungen zur Verfügung gestellt werden kann.

Artikel 2

Gewährung von Verkehrsrechten

(1) Eine Vertragspartei gewährt der anderen Vertragspartei zum Betrieb des internationalen Fluglinienverkehrs durch die bezeichneten Unternehmen auf den nach Absatz 2 festgelegten Linien

- a) das Recht, ihr Hoheitsgebiet ohne Landung zu überfliegen;
- b) das Recht, in ihrem Hoheitsgebiet zu nicht gewerblichen Zwecken zu landen;
- c) das Recht, in ihrem Hoheitsgebiet an den genannten Punkten auf den nach Absatz 2 festgelegten Linien zu landen, um Fluggäste, Post und Fracht gewerblich aufzunehmen und abzusetzen.

(2) Die Linien, auf denen die bezeichneten Unternehmen der Vertragsparteien internationalen Fluglinienverkehr betreiben können, werden in einem Fluglinienplan durch Notenwechsel zwischen den Regierungen der Vertragsparteien festgelegt. Der Inhalt des Fluglinienplans steht im Einklang mit diesem Abkommen und wird von ihm getragen; dasselbe gilt für Änderungen des Fluglinienplans.

Artikel 3

Bezeichnung und Betriebsgenehmigung

(1) Der internationale Fluglinienverkehr auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien kann jederzeit aufgenommen werden, wenn

- a) die Vertragspartei, der die in Artikel 2 Absatz 1 genannten Rechte gewährt werden, ein oder mehrere Unternehmen schriftlich bezeichnet hat und
- b) die Vertragspartei, die diese Rechte gewährt, dem oder den bezeichneten Unternehmen die Genehmigung erteilt hat, den Fluglinienverkehr zu eröffnen.

(2) Die Vertragspartei, die diese Rechte gewährt, erteilt vorbehaltlich des Absatzes 3 dieses Artikels und des Artikels 9 unverzüglich die Genehmigung zum Betrieb des internationalen Fluglinienverkehrs.

(3) Eine Vertragspartei kann von jedem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei den Nachweis verlangen, daß es in der Lage ist, den Erfordernissen zu entsprechen, die durch die Gesetze und sonstigen Vorschriften der erstgenannten Vertragspartei für den Betrieb des internationalen Luftverkehrs vorgeschrieben sind.

tos internacionales o en trayectos interiores que formen parte de un trayecto internacional;

- b) las comisiones pagaderas por la venta de billetes para el transporte de pasajeros y sus equipajes o las correspondientes a medidas relacionadas con el transporte de carga;
- c) las condiciones de aplicación de las tarifas, precios de transporte y pago de comisiones.

Incluye asimismo:

- d) todas las prestaciones esenciales que se realicen en conexión con el transporte;
- e) toda tarifa para transporte que se venda como complemento de un transporte internacional en un trayecto interior que no esté disponible para transportes puramente interiores ni pueda ponerse en igualdad de condiciones a disposición de todas las empresas aéreas y sus clientes en los servicios aéreos internacionales.

Artículo 2

Concesión de derechos de transporte

(1) Cada Parte Contratante garantizará a la otra Parte Contratante los siguientes derechos a fin de que las empresas aéreas designadas puedan realizar los servicios aéreos internacionales en las rutas especificadas conforme al párrafo 2:

- a) el derecho de sobrevolar su territorio sin aterrizar en el mismo,
- b) el derecho de hacer escalas en su territorio con fines no comerciales,
- c) el derecho de hacer escalas en los puntos de su territorio fijados en las rutas especificadas conforme al párrafo 2, con objeto de embarcar y desembarcar pasajeros, correo y carga con fines comerciales.

(2) Las rutas en las cuales las empresas aéreas designadas de las Partes Contratantes estarán autorizadas para realizar servicios aéreos internacionales serán especificadas en un cuadro de rutas que se acordará por canje de notas entre los gobiernos de las Partes Contratantes. El contenido del Cuadro de Rutas se encuentra en concordancia con este Convenio y es respaldado por el mismo; lo mismo vale para las modificaciones del Cuadro de Rutas.

Artículo 3

Designación y autorización de servicio

(1) Los servicios aéreos internacionales en las rutas especificadas conforme a lo establecido en el párrafo 2 del Artículo 2 podrán empezar a funcionar en cualquier momento, siempre que

- a) la Parte Contratante a la cual se le concedan los derechos especificados en el párrafo 1 del Artículo 2 hubiere designado por escrito una o más empresas aéreas y que
- b) la Parte Contratante que otorgue dichos derechos hubiere autorizado a iniciar los servicios aéreos a la empresa o las empresas aéreas designadas.

(2) A reserva de lo estipulado en el párrafo 3 del presente Artículo y en el Artículo 9, la Parte Contratante que otorgue dichos derechos dará sin demora la autorización mencionada para el funcionamiento del servicio aéreo internacional.

(3) Cada Parte Contratante podrá exigir a cualquier empresa aérea designada por la otra Parte Contratante que presente pruebas de que está en condiciones de satisfacer las exigencias establecidas por las leyes y demás disposiciones de la primera Parte Contratante relativas a la realización del tráfico aéreo internacional.

Artikel 4**Widerruf oder Einschränkung
der Betriebsgenehmigung**

(1) Eine Vertragspartei kann die nach Artikel 3 Absatz 2 erteilte Genehmigung widerrufen oder durch Auflagen einschränken, wenn ein bezeichnetes Unternehmen die Gesetze oder sonstigen Vorschriften der die Rechte gewährenden Vertragspartei oder die Bestimmungen dieses Abkommens nicht einhält oder die daraus sich ergebenden Verpflichtungen nicht erfüllt. Von diesem Recht macht eine Vertragspartei nur nach Konsultationen gemäß Artikel 15 Gebrauch, es sei denn, daß zur Vermeidung weiterer Verstöße gegen Gesetze oder sonstige Vorschriften eine sofortige Einstellung des Betriebs oder sofortige Auflagen erforderlich sind.

(2) Eine Vertragspartei kann durch schriftliche Mitteilung an die andere Vertragspartei nach Maßgabe des Artikels 3 ein von ihr bezeichnetes Unternehmen durch ein anderes Unternehmen ersetzen. Das neu bezeichnete Unternehmen genießt die gleichen Rechte und unterliegt den gleichen Verpflichtungen wie das Unternehmen, an dessen Stelle es getreten ist.

Artikel 5**Gleichbehandlung bei Gebührenerhebung**

Die Gebühren, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei für die Benutzung der Flughäfen und anderer Luftfahrteinrichtungen durch die Luftfahrzeuge eines bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei erhoben werden, dürfen nicht höher sein als die Gebühren, die für Luftfahrzeuge eines inländischen Unternehmens in ähnlichem internationalen Fluglinienverkehr erhoben werden.

Artikel 6**Befreiung
von Zöllen und sonstigen Abgaben**

(1) Die von einem bezeichneten Unternehmen einer Vertragspartei verwendeten Luftfahrzeuge, die in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einfliegen und aus ihm wieder ausfliegen oder es durchfliegen, einschließlich der an Bord befindlichen Treibstoffe, Schmieröle, Ersatzteile, üblichen Ausrüstungsgegenstände und Bordvorräte, bleiben frei von Zöllen und sonstigen bei der Einfuhr, Ausfuhr oder Durchfuhr von Waren erhobenen Abgaben. Das gilt auch für die an Bord der Luftfahrzeuge befindlichen Waren, die auf dem Flug über dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei verbraucht werden.

(2) Treibstoffe, Schmieröle, Ersatzteile, übliche Ausrüstungsgegenstände und Bordvorräte, die in das Hoheitsgebiet einer Vertragspartei vorübergehend eingeführt werden, um dort unmittelbar oder nach Lagerung in die Luftfahrzeuge eines bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei eingebaut oder sonst an Bord genommen zu werden oder aus dem Hoheitsgebiet der erstgenannten Vertragspartei auf andere Weise wieder ausgeführt zu werden, bleiben frei von den in Absatz 1 genannten Zöllen und sonstigen Abgaben. Werbematerial und Beförderungsdokumente eines bezeichneten Unternehmens einer Vertragspartei bleiben bei der Einfuhr in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ebenfalls von den in Absatz 1 genannten Zöllen und sonstigen Abgaben frei.

(3) Treibstoffe und Schmieröle, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei an Bord der Luftfahrzeuge eines bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei genommen und im internationalen Fluglinienverkehr verwendet werden, bleiben frei von den in Absatz 1 genannten Zöllen und sonstigen Abgaben und von etwaigen besonderen Verbrauchsabgaben.

Artículo 4**Revocación o limitación
de la autorización de servicio**

(1) Cada Parte Contratante podrá revocar o limitar fijando condiciones la autorización concedida conforme al párrafo 2 del Artículo 3 en caso de que una empresa aérea designada no cumpla las leyes y demás disposiciones de la Parte Contratante que le hubiere concedido los derechos, o no cumpla las disposiciones estipuladas en el presente Convenio o las obligaciones que de ellas se deriven. Cada Parte Contratante ejercerá este derecho únicamente después de una consulta de acuerdo con lo estipulado en el Artículo 15, a menos que sea necesario proceder a una inmediata suspensión del servicio o fijar de inmediato condiciones con el fin de evitar ulteriores infracciones de las leyes y demás disposiciones.

(2) Cada Parte Contratante podrá sustituir, mediante comunicación por escrito dirigida a la otra Parte Contratante, una empresa aérea designada por otra, aplicándose al efecto las condiciones establecidas en el Artículo 3 del presente Convenio. La nueva empresa aérea designada gozará de los mismos derechos y tendrá las mismas obligaciones que la empresa aérea a la que sustituya.

Artículo 5**Igualdad de trato e imposición de cargos**

Los cargos impuestos en el territorio de cada Parte Contratante por el uso de aeropuertos y otras instalaciones para la navegación aérea por parte de las aeronaves de una empresa aérea designada de la otra Parte Contratante no serán más elevados que los fijados para las aeronaves de las empresas aéreas nacionales en los servicios aéreos internacionales de carácter similar.

Artículo 6**Exención
de derechos de aduana u otros gravámenes**

(1) Las aeronaves utilizadas por una empresa aérea designada de una Parte Contratante que entren en el territorio de la otra Parte Contratante o salgan del mismo o lo sobrevuelen, así como los carburantes, los lubricantes y las piezas de repuesto que se hallen a bordo y el equipo habitual y las provisiones de a bordo, estarán exentos de derechos de aduana y demás gravámenes anexas a la importación, exportación o tránsito de mercancías. Lo anterior se aplicará asimismo a las mercancías a bordo de las aeronaves que se consuman al sobrevolar el territorio de la otra Parte Contratante.

(2) Los carburantes, lubricantes, piezas de repuesto, equipo habitual y provisiones de a bordo que se importen temporalmente al territorio de una Parte Contratante con objeto de instalarlos o introducirlos de cualquier otro modo a bordo de las aeronaves de una empresa aérea designada por la otra Parte Contratante, inmediatamente o después de haber sido almacenados, o con objeto de reexportarlos de otra forma desde el territorio de la Parte Contratante mencionada en primer lugar, estarán exentos de los derechos de aduana y demás gravámenes mencionados en el párrafo 1 del presente Artículo. El material publicitario y los documentos de transporte de una empresa aérea designada por una Parte Contratante estarán asimismo exentos de los derechos de aduana y demás gravámenes mencionados en el párrafo 1 del presente Artículo al importarse al territorio de la otra Parte Contratante.

(3) Los carburantes y lubricantes que se introduzcan en el territorio de una Parte Contratante a bordo de las aeronaves de una empresa aérea designada por la otra Parte Contratante y se utilicen en servicios aéreos internacionales estarán exentos de los derechos de aduana y demás gravámenes mencionados en el párrafo 1 del presente Artículo, así como de eventuales impuestos especiales sobre el consumo.

(4) Eine Vertragspartei kann die in den Absätzen 1 bis 3 genannten Waren unter Zollüberwachung halten.

(5) Soweit für die in den Absätzen 1 bis 3 genannten Waren Zölle und sonstige Abgaben nicht erhoben werden, unterliegen diese Waren nicht den sonst für sie geltenden wirtschaftlichen Ein-, Aus- und Durchfuhrverboten und -beschränkungen.

(6) Jede Vertragspartei gewährt für Gegenstände und Dienstleistungen, die einem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei geliefert bzw. erbracht und für Zwecke seines Geschäftsbetriebs verwendet werden, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit eine Entlastung von der Umsatzsteuer oder von ähnlichen indirekten Steuern. Die Steuerentlastung kann durch eine Befreiung oder Erstattung erfolgen.

Artikel 7

Verkauf, Überweisung von Einkünften

(1) Jede Vertragspartei gewährt dem oder den bezeichneten Unternehmen beider Vertragsparteien in billiger und gleicher Weise das Recht, Beförderungsdienste im Luftverkehr frei und ohne Beschränkung im Einklang mit den Finanzbestimmungen des jeweiligen Landes zu verkaufen.

(2) Jede Vertragspartei gewährt dem oder den bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei das Recht, die durch den Verkauf nach Absatz 1 erzielten Einkünfte frei und ohne Beschränkung in jeder frei konvertierbaren Währung zum amtlichen Wechselkurs an seine Hauptniederlassung zu überweisen.

Artikel 8

Grundsätze für den Betrieb des vereinbarten Linienverkehrs

(1) Den bezeichneten Unternehmen jeder Vertragspartei wird in billiger und gleicher Weise Gelegenheit gegeben, den Fluglinienverkehr auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien zu betreiben.

(2) Beim Betrieb des internationalen Fluglinienverkehrs auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien nehmen die bezeichneten Unternehmen einer Vertragspartei auf die Interessen der bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei Rücksicht, damit der von diesen Unternehmen auf den gleichen Linien oder Teilen derselben betriebene Fluglinienverkehr nicht ungebührlich beeinträchtigt wird.

(3) Der internationale Fluglinienverkehr auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien dient vor allem dazu, ein Beförderungsangebot bereitzustellen, das der voraussehbaren Verkehrsnachfrage nach und von dem Hoheitsgebiet der Vertragspartei entspricht, die ein Unternehmen bezeichnet hat. Das Recht dieses Unternehmens, Beförderungen zwischen den im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gelegenen Punkten einer nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linie und Punkten in dritten Staaten auszuführen, wird im Interesse einer geordneten Entwicklung des internationalen Luftverkehrs so ausgeübt, daß das Beförderungsangebot angepaßt ist

- a) an die Verkehrsnachfrage nach und von dem Hoheitsgebiet der Vertragspartei, die das Unternehmen bezeichnet hat,
- b) an die in den durchflogenen Gebieten bestehende Verkehrsnachfrage unter Berücksichtigung des örtlichen und regionalen Fluglinienverkehrs,
- c) an die Erfordernisse eines wirtschaftlichen Betriebs der Fluglinien des Durchgangsverkehrs.

(4) Um eine billige und gleiche Behandlung der bezeichneten Unternehmen zu gewährleisten, bedürfen die Frequenz der Flug-

(4) Cada Parte Contratante podrá someter a vigilancia aduanera los productos mencionados en los párrafos 1 al 3 del presente Artículo.

(5) En la medida en que no se exijan derechos de aduana ni cualesquiera otros gravámenes con respecto a los productos mencionados en los párrafos 1 al 3 del presente Artículo, dichos productos no estarán sujetos a las prohibiciones y restricciones económicas en materia de importación, exportación y tránsito que de lo contrario les serían aplicables.

(6) En cuanto al suministro de mercancías y servicios destinados a una empresa aérea designada por la otra Parte Contratante y utilizados para los fines de esta empresa, cada Parte Contratante concederá, sobre la base de la reciprocidad, una desgravación fiscal del impuesto sobre la cifra de negocios u otros impuestos indirectos similares. Esta desgravación fiscal podrá efectuarse por la exoneración de impuestos o el reembolso posterior de los impuestos ya pagados.

Artículo 7

Venta, transferencia de ingresos

(1) Cada Parte Contratante garantizará a la(s) empresa(s) aérea(s) designada(s) de ambas Partes Contratantes el derecho de vender libremente y sin restricciones servicios de transporte aéreo de acuerdo a las regulaciones financieras existentes en cada país, concediendo un trato justo e igual al efecto.

(2) Cada Parte Contratante garantizará a la(s) empresa(s) aérea(s) designada(s) por la otra Parte Contratante el derecho de transferir los ingresos obtenidos por la venta de acuerdo con lo estipulado en el párrafo 1 del presente Artículo a sus respectivos establecimientos principales libremente y sin restricciones, en cualquier moneda libremente convertible conforme al tipo de cambio oficial.

Artículo 8

Principios básicos para el servicio aéreo en las rutas fijadas

(1) Las empresas aéreas designadas por ambas Partes Contratantes gozarán de posibilidades iguales y justas para realizar los servicios aéreos en las rutas fijadas conforme al párrafo 2 del Artículo 2.

(2) En la explotación de los servicios aéreos internacionales en las rutas especificadas conforme al párrafo 2 del Artículo 2, las empresas aéreas designadas por una Parte Contratante tomarán en consideración los intereses de las empresas aéreas designadas por la otra Parte Contratante, a fin de no afectar indebidamente a los servicios aéreos que éstas últimas presten en las mismas rutas o en parte de ellas.

(3) Los servicios aéreos internacionales en cualesquiera de las rutas especificadas conforme al párrafo 2 del Artículo 2 tendrán como objetivo primordial ofrecer una capacidad adecuada para satisfacer la demanda previsible de transporte hacia y desde el territorio de la Parte Contratante que haya designado la empresa aérea. El derecho de dicha empresa aérea para efectuar transportes entre los puntos de una ruta especificada conforme al párrafo 2 del Artículo 2 que se encuentren localizados en el territorio de la otra Parte Contratante y puntos en terceros países será ejercitado en interés de un desenvolvimiento ordenado del tráfico aéreo internacional, de forma que dicha capacidad se adecue a:

- a) la demanda de transportación hacia y desde el territorio de la Parte Contratante que haya designado la empresa aérea,
- b) la demanda de transportación existente en las zonas transitadas, teniendo en cuenta los servicios aéreos locales y regionales,
- c) las exigencias de una explotación rentable de los servicios aéreos en tránsito.

(4) Con objeto de garantizar un trato justo e igual a las empresas aéreas designadas, las frecuencias de los servicios aéreos,

dienste, die vorgesehenen Luftfahrzeugmuster hinsichtlich ihrer Kapazität sowie die Flugpläne der Genehmigung durch die Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien.

(5) Erforderlichenfalls sollen sich die Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien bemühen, eine zufriedenstellende Regelung des Beförderungsangebots und der Frequenzen zu erreichen.

Artikel 9

Übermittlung von Betriebsangaben und Statistiken

(1) Die bezeichneten Unternehmen teilen den Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien spätestens einen Monat vor Aufnahme des Fluglinienverkehrs auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien die Art der Dienste, die vorgesehenen Luftfahrzeugmuster und die Flugpläne mit. Dies gilt auch für spätere Änderungen.

(2) Die Luftfahrtbehörde einer Vertragspartei stellt der Luftfahrtbehörde der anderen Vertragspartei auf Ersuchen alle regelmäßigen oder sonstigen statistischen Daten der bezeichneten Unternehmen zur Verfügung, die vernünftigerweise angefordert werden können, um das von einem bezeichneten Unternehmen der erstgenannten Vertragspartei auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien bereitgestellte Beförderungsangebot zu überprüfen. Diese Unterlagen enthalten alle Angaben, die zur Feststellung des Umfangs sowie der Herkunft und Bestimmung des Verkehrs erforderlich sind.

Artikel 10

Genehmigung der Tarife

(1) Die Tarife und die entsprechenden Agenturprovisionen, die auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien für Fluggäste und Fracht angewendet werden, bedürfen der Genehmigung durch die Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien. Die Tarife sollen die Betriebskosten, einen angemessenen Gewinn, die bestehenden Wettbewerbs- und Marktbedingungen sowie die Interessen der Nutzer berücksichtigen.

(2) Die Tarife werden den Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien spätestens einen Monat vor ihrer in Aussicht genommenen Anwendung zur Genehmigung vorgelegt. Dieser Zeitraum kann in besonderen Fällen verkürzt werden, wenn die Luftfahrtbehörden zustimmen.

(3) Erklärt sich eine Vertragspartei mit den ihr nach Absatz 2 zur Genehmigung vorgelegten Tarifen nicht einverstanden, so setzen die Luftfahrtbehörden der beiden Vertragsparteien diese Tarife im Einvernehmen fest.

(4) Wird ein Einvernehmen nach Absatz 3 nicht erzielt, so findet Artikel 16 Anwendung. Solange ein Schiedsspruch nicht ergangen ist, kann die Vertragspartei, die sich mit einem bestimmten Tarif nicht einverstanden erklärt hat, von der anderen Vertragspartei die Aufrechterhaltung des vorher in Kraft befindlichen Tarifs verlangen.

Artikel 11

Gewerbliche Tätigkeiten

(1) Jede Vertragspartei gewährt den bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei auf der Grundlage der Gegenseitigkeit das Recht, in ihrem Hoheitsgebiet Niederlassungen sowie Verwaltungs-, kaufmännisches und technisches Personal zu unterhalten, soweit sie von einem bezeichneten Unternehmen benötigt werden.

(2) Bei der Einrichtung der Niederlassungen und der Beschäftigung des Personals nach Absatz 1 sind die Gesetze und sonsti-

los tipos de aeronaves utilizables a los efectos de capacidad y los horarios serán sometidos a la aprobación de las autoridades aeronáuticas de las Partes Contratantes.

(5) En caso necesario las autoridades aeronáuticas de las Partes Contratantes procurarán conseguir una regulación satisfactoria de la capacidad de transporte y de las frecuencias.

Artículo 9

Transmisión de datos de las empresas aéreas y de estadísticas

(1) Las empresas aéreas designadas comunicarán a las autoridades aeronáuticas de las Partes Contratantes por lo menos un mes antes de iniciarse los servicios aéreos en las rutas especificadas conforme al párrafo 2 del Artículo 2 el tipo de servicio, los tipos de aeronaves que se vayan a utilizar y los horarios. Se procederá de igual modo en caso de que posteriormente se produzcan modificaciones.

(2) Las autoridades aeronáuticas de cada Parte Contratante proporcionarán a las autoridades aeronáuticas de la otra Parte Contratante, cuando así lo soliciten, todas las publicaciones periódicas u otros datos estadísticos de las empresas aéreas designadas que razonablemente puedan solicitarse a fin de controlar la capacidad ofrecida por cualquier empresa aérea designada de la primera Parte Contratante en las rutas especificadas conforme al párrafo 2 del Artículo 2. Tales informes contendrán todos los datos necesarios para determinar el volumen, procedencia y destino del tráfico.

Artículo 10

Aprobación de tarifas

(1) Las tarifas y las respectivas comisiones correspondientes a agencias que se vayan a cobrar por pasajes y fletes en las rutas especificadas conforme al párrafo 2 del Artículo 2 serán sometidas a la aprobación de las autoridades aeronáuticas de las Partes Contratantes. Al fijarse las tarifas se tendrán en cuenta los costos de explotación, una ganancia razonable y las condiciones existentes de la competencia y del mercado, así como los intereses de los usuarios.

(2) Las tarifas serán sometidas a la aprobación de las autoridades aeronáuticas de las Partes Contratantes por lo menos un mes antes de la fecha prevista para su aplicación. Este plazo podrá acortarse en casos especiales si las autoridades aeronáuticas dieran su conformidad.

(3) En caso de que una Parte Contratante no manifieste su conformidad con las tarifas que se sometan a su aprobación conforme a lo establecido en el párrafo 2 del presente Artículo, las autoridades aeronáuticas de ambas Partes Contratantes fijarán tales tarifas de común acuerdo.

(4) Si no se llegare a un acuerdo conforme a lo establecido en el párrafo 3 del presente Artículo, se aplicarán las cláusulas del Artículo 16. Hasta tanto no se haya dictado una sentencia arbitral, la Parte Contratante que haya manifestado su inconformidad con respecto a las tarifas podrá exigir a la otra Parte Contratante que mantenga las tarifas anteriormente vigentes.

Artículo 11

Actividades comerciales

(1) Cada Parte Contratante concederá, sobre la base de la reciprocidad, a las empresas aéreas designadas por la otra Parte Contratante el derecho de mantener en su territorio establecimientos y personal administrativo, comercial y técnico en cuanto ello sea necesario para las finalidades de una empresa aérea designada.

(2) A los efectos de la apertura de establecimientos y empleo del personal a que se refiere el párrafo 1 del presente Artículo se

gen Vorschriften der betreffenden Vertragspartei, wie die Gesetze und sonstigen Vorschriften über die Einreise von Ausländern und ihren Aufenthalt im Hoheitsgebiet der betreffenden Vertragspartei, einzuhalten. Das in den Niederlassungen nach Absatz 1 beschäftigte Personal benötigt jedoch keine Arbeitserlaubnis.

Artikel 12
Zusammenarbeit
im Bereich der Luftsicherheit

(1) In Übereinstimmung mit ihren völkerrechtlichen Rechten und Pflichten bekräftigen die Vertragsparteien, daß ihre gegenseitige Verpflichtung, die Sicherheit der Zivilluftfahrt vor widerrechtlichen Eingriffen zu schützen, fester Bestandteil dieses Abkommens ist. Ohne den allgemeinen Charakter ihrer völkerrechtlichen Rechte und Pflichten einzuschränken, handeln die Vertragsparteien insbesondere im Einklang mit den internationalen Abkommen über die Sicherheit der Zivilluftfahrt.

(2) Die Vertragsparteien gewähren einander auf Ersuchen jede erforderliche Unterstützung, um die widerrechtliche Inbesitznahme ziviler Luftfahrzeuge und andere widerrechtliche Handlungen gegen die Sicherheit solcher Luftfahrzeuge, ihrer Fluggäste und Besatzung, von Flughäfen und Flugnavigationseinrichtungen sowie jede sonstige Bedrohung der Sicherheit der Zivilluftfahrt zu verhindern.

(3) Die Vertragsparteien handeln in ihren gegenseitigen Beziehungen im Einklang mit den Luftsicherheitsvorschriften, die von der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) festgelegt und zu Anhängen des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt bestimmt wurden, soweit diese Sicherheitsvorschriften auf die Vertragsparteien anwendbar sind. Sie verlangen, daß die Halter von in ihr Register eingetragenen Luftfahrzeugen und die Luftfahrzeughalter, die ihren Hauptgeschäftssitz oder ihren ständigen Aufenthalt in ihrem Hoheitsgebiet haben, sowie die Betreiber von Flughäfen in ihrem Hoheitsgebiet im Einklang mit diesen Luftsicherheitsvorschriften handeln.

(4) Jede Vertragspartei erklärt sich einverstanden, die Sicherheitsvorschriften der anderen Vertragspartei für den Einflug in deren Hoheitsgebiet einzuhalten und angemessene Maßnahmen zum Schutz von Luftfahrzeugen und zur Kontrolle von Fluggästen, Besatzung und Handgepäck sowie Fracht und Bordvorräten vor und beim Einsteigen oder Beladen zu ergreifen. Jede Vertragspartei wird außerdem jedes Ersuchen der anderen Vertragspartei um besondere Sicherheitsmaßnahmen zur Abwendung einer bestimmten Bedrohung wohlwollend prüfen.

(5) Werden eine widerrechtliche Inbesitznahme eines Luftfahrzeugs oder sonstige widerrechtliche Handlungen gegen die Sicherheit von Fluggästen, Besatzung, Luftfahrzeug, Flughäfen und Flugnavigationseinrichtungen begangen oder angedroht, so unterstützen die Vertragsparteien einander durch Erleichterung des Fernmeldeverkehrs und sonstige geeignete Maßnahmen zur raschen und sicheren Beendigung eines solchen Vorfalls oder einer solchen Bedrohung.

(6) Weicht eine Vertragspartei von den Luftsicherheitsvorschriften dieses Artikels ab, so kann die Luftfahrtbehörde der anderen Vertragspartei um sofortige Konsultationen mit der Luftfahrtbehörde der erstgenannten Vertragspartei ersuchen. Kommt innerhalb eines Monats nach dem Datum dieses Ersuchens eine zufriedenstellende Einigung nicht zustande, so ist dies ein Grund, die Betriebsgenehmigung eines oder mehrerer Luftfahrtunternehmen der erstgenannten Vertragspartei vorzuenthalten, zu widerrufen, einzuschränken oder mit Auflagen zu versehen. Wenn eine Notlage dies erfordert, kann eine Vertragspartei vor Ablauf dieses Monats vorläufige Maßnahmen treffen.

observarán las leyes y demás disposiciones de la Parte Contratante respectiva, incluidas las leyes y demás disposiciones en materia de entrada y permanencia de extranjeros en el territorio de la Parte Contratante respectiva. No obstante, el personal empleado en los establecimientos a que se refiere el párrafo 1 no necesitará permisos de trabajo.

Artículo 12
Cooperación en relación
con la seguridad de la aviación

(1) En conformidad con sus respectivos derechos y obligaciones jurídico-internacionales las Partes Contratantes revalidan que su compromiso mutuo de salvaguardar la seguridad de la aviación civil frente a interferencias ilícitas constituye parte integrante del presente Convenio. Sin que ello signifique una restricción del carácter general de sus derechos y obligaciones jurídico-internacionales, las Partes Contratantes se atenderán especialmente a los convenios internacionales sobre la seguridad de la aviación civil.

(2) Previa solicitud, las Partes Contratantes se prestarán todo el apoyo necesario para impedir la captura ilícita de aeronaves civiles y otras acciones ilícitas contra la seguridad de tales aeronaves, sus pasajeros y su tripulación y de aeropuertos e instalaciones de navegación aérea, así como cualesquiera otras amenazas contra la seguridad de la aviación civil.

(3) Las Partes Contratantes actuarán en sus relaciones mutuas de conformidad con las disposiciones en materia de seguridad aérea establecidas por la Organización de Aviación Civil Internacional (OACI) y anexadas al Convenio de Aviación Civil Internacional, en la medida en que dichas disposiciones en materia de seguridad aérea sean aplicables a las Partes Contratantes. Requerirán que los operadores de las aeronaves matriculadas en sus países y los operadores del sector de la navegación aérea que tengan su sede principal o su domicilio permanente en su territorio, así como los operadores de los aeropuertos situados en su territorio actúen en conformidad con dichas disposiciones en materia de seguridad aérea.

(4) Cada Parte Contratante conviene en observar las disposiciones de seguridad vigentes de la otra Parte Contratante en materia de entrada en el territorio de la misma y en adoptar medidas adecuadas para la protección de aeronaves y el control de pasajeros, tripulaciones y equipaje de mano, así como de carga y provisiones de a bordo antes y durante el embarque. Además, cada Parte Contratante examinará con benevolencia todas las solicitudes de la otra Parte Contratante orientadas a la adopción de medidas especiales de seguridad para conjurar una amenaza determinada.

(5) En caso de producirse una captura ilícita o una amenaza de captura ilícita de una aeronave o cualesquiera otros actos ilícitos o amenaza de actos ilícitos contra la seguridad de los pasajeros, tripulaciones, aeronaves, aeropuertos e instalaciones de navegación aérea, las Partes Contratantes se prestarán asistencia mutuamente facilitando las telecomunicaciones y adoptando cualesquiera otras medidas apropiadas destinadas a poner fin de modo rápido y seguro a tal incidente o amenaza.

(6) En caso de que una Parte Contratante no se atuviere a las disposiciones en materia de seguridad aérea del presente Artículo, las autoridades aeronáuticas de la otra Parte Contratante podrán recabar consultas inmediatas con las autoridades aeronáuticas de dicha Parte Contratante. Si transcurrido un mes desde la fecha de tal requerimiento no se lograre un acuerdo satisfactorio, ello constituirá motivo para denegar, revocar, limitar o condicionar la autorización de explotación de una o varias compañías aéreas de la Parte Contratante en cuestión. Si lo exigiere una emergencia, cualquier Parte Contratante podrá adoptar medidas provisionales antes de que expire el plazo de un mes.

Artikel 13**Einreise und Kontrolle der Reisedokumente**

(1) Auf Ersuchen einer Vertragspartei gestattet die andere Vertragspartei den Unternehmen, die in beiden Staaten Luftverkehrsrechte ausüben, die Durchführung von Maßnahmen, die gewährleisten sollen, daß nur Fluggäste mit den für die Einreise in oder die Durchreise durch den ersuchenden Staat erforderlichen Reisedokumenten befördert werden.

(2) Jede Vertragspartei nimmt eine Person, die an ihrem Zielort zurückgewiesen wurde, nachdem dort festgestellt worden war, daß sie nicht einreiseberechtigt war, zum Zweck der Überprüfung auf, wenn sich diese Person vor ihrer Abreise nicht nur im unmittelbaren Transit im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei aufgehalten hat. Die Vertragsparteien weisen eine solche Person nicht in das Land zurück, in dem zuvor festgestellt worden ist, daß sie nicht einreiseberechtigt ist.

(3) Diese Bestimmung hindert die Behörden nicht daran, eine zurückgewiesene, nicht einreiseberechtigte Person einer weiteren Überprüfung zu unterziehen, um festzustellen, ob sie möglicherweise in dem Staat aufgenommen werden kann, oder um Vorkehrungen für ihre Weiterbeförderung, Entfernung oder Abschiebung in einen Staat, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt oder in dem sie aus anderen Gründen Aufnahme finden kann, zu treffen. Hat eine Person, von der festgestellt worden ist, daß sie nicht einreiseberechtigt ist, ihre Reisedokumente verloren oder zerstört, so erkennt eine Vertragspartei stattdessen ein von den Behörden der Vertragspartei, bei der festgestellt wurde, daß die Person nicht einreiseberechtigt ist, ausgestelltes Dokument an, das die Umstände von Abflug und Ankunft bestätigt.

Artikel 14**Meinungsaustausch**

Zwischen den Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien findet nach Bedarf ein Meinungsaustausch statt, um eine enge Zusammenarbeit und eine Verständigung in allen die Anwendung dieses Abkommens berührenden Angelegenheiten herbeizuführen.

Artikel 15**Verhandlungen**

(1) Zur Erörterung von Änderungen dieses Abkommens oder des Fluglinienplans oder von Auslegungsfragen kann die Luftfahrtbehörde einer Vertragspartei jederzeit Verhandlungen beantragen. Das gilt auch für Erörterungen über die Anwendung dieses Abkommens, wenn nach Ansicht der Luftfahrtbehörde einer Vertragspartei ein Meinungsaustausch nach Artikel 14 kein zufriedenstellendes Ergebnis erbracht hat. Die Verhandlungen beginnen innerhalb von zwei Monaten nach Eingang des Antrags bei der Luftfahrtbehörde der anderen Vertragspartei.

(2) Sollten die Verhandlungen zu keinem befriedigenden Ergebnis führen, werden die strittigen Punkte auf diplomatischem Weg den Vertragsparteien vorgelegt.

Artikel 16**Beilegung von Streitigkeiten**

(1) Soweit eine Meinungsverschiedenheit über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens nicht nach Artikel 15 beigelegt werden kann, kann sie einem Schiedsgericht unterbreitet werden.

(2) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Vorsitzenden einigen, der von den Regierungen der Vertragsparteien bestellt wird. Die

Artículo 13**Entrada y control de los documentos de viaje**

(1) A petición de una Parte Contratante, la otra Parte Contratante permitirá a las empresas aéreas que ejerciten derechos de tráfico aéreo en ambos países que adopten medidas encaminadas a asegurar que sean transportados únicamente pasajeros en posesión de los documentos necesarios a efectos de la entrada en el Estado requirente o el tránsito a través del mismo.

(2) Cada Parte Contratante se hará cargo, a efectos de control, de las personas que hayan sido rechazadas en el lugar de destino después de haberse constatado en el mismo que no estaban autorizadas a entrar en el país, siempre y cuando dichas personas no hayan permanecido antes de su salida únicamente en tránsito directo en el territorio de la Parte Contratante en cuestión. Las Partes Contratantes no volverán a mandar a dichas personas al país en el que se haya constatado que no estaban autorizadas a entrar.

(3) Esta disposición no impedirá a las autoridades controlar ulteriormente a la persona rechazada y no autorizada a la entrada con el fin de constatar si puede ser recibida en dicho Estado, o de realizar los trámites necesarios para su traslado, alejamiento o expulsión al Estado cuya nacionalidad posea, o a un Estado que pueda acogerla por otras razones. Si una persona de la cual se ha comprobado que no está autorizada a entrar al país ha perdido o destruido sus documentos de viaje, la Parte Contratante aceptará un documento sustitutivo que haya sido expedido por las autoridades de la Parte Contratante en la cual se comprobó que esta persona no está autorizada a la entrada y en el que se confirmen las circunstancias de su salida y su llegada.

Artículo 14**Intercambio de opiniones**

Siempre que sea necesario habrá un intercambio de opiniones entre las autoridades aeronáuticas de las Partes Contratantes, a fin de lograr una estrecha cooperación y entendimiento en todos los asuntos relacionados con la aplicación del presente Convenio.

Artículo 15**Negociaciones**

(1) Las autoridades aeronáuticas de cada Parte Contratante podrán solicitar en cualquier momento la celebración de negociaciones con el propósito de discutir modificaciones del presente Convenio o del Cuadro de Rutas, o cuestiones de interpretación. El mismo procedimiento se seguirá para la discusión de la aplicación del presente Convenio si la autoridad aeronáutica de una de las Partes Contratantes considerare que un intercambio de opiniones de acuerdo con lo establecido en el Artículo 14 del presente Convenio no ha tenido un resultado satisfactorio. Las negociaciones comenzarán dentro de un plazo de dos meses contados a partir de la fecha en que la autoridad aeronáutica de la otra Parte Contratante reciba la solicitud.

(2) En caso de que las negociaciones no tengan un resultado satisfactorio, se someterán los puntos en controversia a través de los canales diplomáticos a las Partes Contratantes.

Artículo 16**Solución de litigios**

(1) En caso de que una discrepancia resultante de la interpretación o aplicación del presente Convenio no pudiese ser resuelta de acuerdo con lo establecido en su Artículo 15, podrá ser sometida a un tribunal de arbitraje.

(2) El tribunal de arbitraje se constituirá ad hoc conforme al siguiente procedimiento: cada uno de los Estados Contratantes designará un árbitro, y los dos árbitros así designados nombrarán de común acuerdo a un nacional de un tercer Estado como árbitro

Mitglieder werden innerhalb von zwei Monaten, der Vorsitzende innerhalb von drei Monaten bestellt, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(3) Werden die in Absatz 2 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Rates der internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident, der ihn vertritt, die Ernennungen vornehmen.

(4) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind für die Vertragsparteien bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Vorsitzenden sowie die sonstigen Kosten werden von den Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 17

Mehrseitige Übereinkommen

Tritt ein von den Vertragsparteien angenommenes allgemeines mehrseitiges Luftverkehrsübereinkommen in Kraft, so gehen dessen Bestimmungen vor. Erörterungen zur Feststellung, inwieweit ein mehrseitiges Übereinkommen dieses Abkommen beendet, ersetzt, ändert oder ergänzt, finden nach Artikel 15 statt.

Artikel 18

Registrierung bei der ICAO

Dieses Abkommen, jede Änderung desselben und jeder Notenwechsel nach Artikel 2 Absatz 2 werden der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) zur Registrierung übermittelt.

Artikel 19

Ratifikation, Inkrafttreten, Geltungsdauer, Kündigung

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Havanna ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jede Vertragspartei kann das Abkommen jederzeit schriftlich kündigen. Das Abkommen tritt ein Jahr nach Eingang der Kündigung bei der anderen Vertragspartei außer Kraft.

Geschehen zu Havanna am 18. Juni 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania
Dr. Georg Trefftz

Für die Republik Kuba
Por la República de Cuba
Fernando Ramirez de Estenoz Barciela

dirimente, el cual será designado por los Gobiernos de las Partes Contratantes. Los árbitros y el árbitro dirimente serán designados respectivamente en el plazo de dos y tres meses, contados desde la fecha en que una Parte Contratante haya informado a la otra de su intención de someter la discrepancia a un tribunal de arbitraje.

(3) Si no se observaren los plazos mencionados en el párrafo 2 del presente Artículo, cada Parte Contratante podrá, a falta de otro acuerdo, solicitar al presidente del Consejo de la Organización de Aviación Civil Internacional (OACI) que efectúe los nombramientos pertinentes. En caso de que el presidente sea nacional de una Parte Contratante o no pueda desempeñar su función por otras causas, el vicepresidente que le sustituya efectuará los nombramientos.

(4) El tribunal de arbitraje decidirá por mayoría de votos. Las decisiones serán obligatorias para ambas Partes Contratantes. Cada Parte Contratante sufragará los gastos de su árbitro, así como los que ocasione su representación en el procedimiento ante el tribunal de arbitraje; los gastos del árbitro dirimente y demás gastos serán sufragados a partes iguales por las dos Partes Contratantes. Por lo demás, el tribunal de arbitraje adoptará su propio reglamento.

Artículo 17

Convenios multilaterales

Si entran en vigor un convenio multilateral de transporte aéreo aceptado por ambas Partes Contratantes, prevalecerán las disposiciones del mismo. Todas las discusiones que tengan por objeto determinar hasta qué punto las disposiciones de un convenio multilateral invalidan, sustituyen, modifican o completan el presente Convenio se regirán por lo dispuesto en el Artículo 15 del mismo.

Artículo 18

Registro en la OACI

El presente Convenio, cualesquiera modificaciones del mismo y cualquier canje de notas de acuerdo con lo establecido en el párrafo 2 de su Artículo 2 serán comunicados a la Organización de Aviación Civil Internacional (OACI) para su registro.

Artículo 19

Ratificación, entrada en vigor, vigencia, denuncia

(1) El presente Convenio está sujeto a ratificación. El canje de los instrumentos de ratificación se efectuará a la mayor brevedad posible en La Habana.

(2) El presente Convenio entrará en vigor un mes después del canje de los instrumentos de ratificación.

(3) El presente Convenio se concierta por tiempo indefinido. Cada Parte Contratante podrá denunciar en todo momento por escrito el presente Convenio. El Convenio expirará en el plazo de un año contado desde la fecha en que la otra Parte Contratante reciba la comunicación de la denuncia.

Hecho en La Habana, el 18 de junio de 1993, en dos originales, en idioma alemán y español, siendo ambos textos igualmente auténticos.

**Zweite Verordnung
über die Inkraftsetzung von Änderungen
des Internationalen Freibord-Übereinkommens von 1966
(Zweite Freibord-ÄndV)**

Vom 20. September 1994

Auf Grund des § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 und 7 des Seeaufgabengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Januar 1987 (BGBl. I S. 541), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. Juli 1994 (BGBl. I S. 1554), verordnet das Bundesministerium für Verkehr:

§ 1

Das in London am 11. November 1988 von der Internationalen Konferenz über das Harmonisierte Besichtigungs- und Zeugniserteilungssystem beschlossene Protokoll von 1988 zu dem Internationalen Freibord-Übereinkommen von 1966 (BGBl. 1969 II S. 249), zuletzt geändert durch die von der Elften Versammlung der Zwischenstaatlichen Beratenden Seeschiffahrts-Organisation (IMCO) in London am 15. November 1979 angenommene Änderung (BGBl. 1981 II S. 98), wird hiermit in Kraft gesetzt. Das Protokoll wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht¹⁾.

§ 2

Diese Verordnung tritt an dem Tage in Kraft, an dem das Protokoll nach seinem Artikel V für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt. Der Tag ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Bonn, den 20. September 1994

Der Bundesminister für Verkehr
Wissman

¹⁾ Das Protokoll wird als Anlagenband zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblattes ausgegeben. Abonnenten des Bundesgesetzblattes Teil II wird der Anlagenband auf Anforderung gemäß den Bezugsbedingungen des Verlags übersandt.

**Sechste Verordnung
über die Inkraftsetzung von Änderungen
des Internationalen Übereinkommens von 1974
zum Schutz des menschlichen Lebens auf See
und des Protokolls von 1978 zu diesem Übereinkommen
(6. SOLAS-ÄndV)**

Vom 20. September 1994

Auf Grund des § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, 4 und 7 des Seeaufgabengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Januar 1987 (BGBl. I S. 541), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. Juli 1994 (BGBl. I S. 1554), verordnet das Bundesministerium für Verkehr, hinsichtlich der Nummern 2 und 4 nach § 9 Abs. 4 des Seeaufgabengesetzes im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Post und Telekommunikation:

§ 1

1. Das in London am 11. November 1988 von der Internationalen Konferenz über das Harmonisierte Besichtigungs- und Zeugniserteilungssystem beschlossene Protokoll von 1988 zu dem Internationalen Übereinkommen von 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See (BGBl. 1979 II S. 141), zuletzt geändert durch die EntschlieÙung MSC.22 (59) vom 23. Mai 1991 (BGBl. 1993 II S. 2317),
2. die in London vom SchiffssicherheitsausschuÙ der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation angenommenen EntschlieÙungen
 - a) MSC.24 (60) vom 10. April 1992,
 - b) MSC.26 (60) vom 10. April 1992 sowie
 - c) MSC.27 (61) vom 11. Dezember 1992zur Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See

werden hiermit in Kraft gesetzt. Das Protokoll und die EntschlieÙungen werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.*)

§ 2

(1) § 1 Satz 1 Nr. 1 tritt an dem Tage in Kraft, an dem das Protokoll nach seinem Artikel V für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt. Der Tag des Inkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

(2) Im übrigen tritt diese Verordnung am 1. Oktober 1994 in Kraft.

Bonn, den 20. September 1994

Der Bundesminister für Verkehr
Wissmann

*) Das Protokoll und die EntschlieÙungen werden als Anlageband zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblattes ausgegeben. Abonnenten des Bundesgesetzblattes Teil II wird der Anlageband auf Anforderung gemäß den Bezugsbedingungen des Verlags übersandt.

**Bekanntmachung
der Vereinbarung
zwischen dem Bundesministerium für Familie und Senioren der Bundesrepublik Deutschland
und dem Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik der Republik Polen
über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Familien- und Seniorenpolitik sowie der Sozialhilfe**

Vom 8. August 1994

Die in Warschau am 7. September 1993 unterzeichnete Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Familie und Senioren der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik der Republik Polen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Familien- und Seniorenpolitik sowie der Sozialhilfe ist nach ihrem Artikel 6 Abs. 1

am 14. Juni 1994

in Kraft getreten; sie wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 8. August 1994

Bundesministerium für Familie und Senioren
Im Auftrag
Linzbach

**Vereinbarung
zwischen dem Bundesministerium für Familie und Senioren
der Bundesrepublik Deutschland
und dem Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik
der Republik Polen
über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Familien- und Seniorenpolitik
sowie der Sozialhilfe**

Das Bundesministerium für Familie und Senioren
der Bundesrepublik Deutschland

und

das Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik
der Republik Polen –

in Durchführung des Vertrags vom 17. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, der in seinem Artikel 3 regelmäßige Kontakte der Fachminister sowie in Artikel 14 den Ausbau und die Vertiefung der sozialpolitischen Zusammenarbeit vorsieht,

in der Erwägung, daß die Vertragsparteien im Geiste einer freundschaftlichen Zusammenarbeit bereit sind, ihre Erfahrungen und ihr Wissen auf dem Gebiet der Politik für Familien und ältere Menschen sowie der damit verbundenen Bereiche auszutauschen,

geleitet von dem Wunsch, die gegenseitigen Beziehungen in diesen Bereichen einschließlich der Zusammenarbeit in Fragen der Wissenschaft und Ausbildung weiter zu entwickeln und zu vertiefen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien beabsichtigen, im Rahmen eines Erfahrungsaustausches in den Bereichen der Familien- und Seniorenpolitik, der Familienförderung und Familienarbeit, der Altenhilfe und der Altenarbeit sowie auf dem Gebiet der Sozialhilfe und der Freien Wohlfahrtspflege zusammenzuarbeiten.

(2) Die Zusammenarbeit erfolgt unter Beachtung der Zuständigkeiten der entsprechenden Gebietskörperschaften der staatlichen Verwaltung und der kommunalen Selbstverwaltung. Ihre Beteiligung an der Zusammenarbeit soll gewährleistet werden.

Artikel 2

Die Vertragsparteien verwirklichen ihre Zusammenarbeit, indem sie

1. fachbezogene Informationen über Familienförderung und Familienarbeit, Altenhilfe und Altenarbeit sowie über Sozialhilfe wie auch die in diesen Bereichen vorhandenen Strukturen austauschen und deren weitere Entwicklung fördern;
2. die Zusammenarbeit zwischen Einrichtungen der Sozialhilfe in beiden Ländern fördern;
3. die Zusammenarbeit zwischen nichtstaatlichen Organisationen beider Seiten, insbesondere den Organisationen der Fa-

milien und Familienarbeit, der Freien Wohlfahrtspflege, der Seniorenverbände, Berufsverbände und Ausbildungsträger fördern;

4. die gesellschaftspolitischen Fragestellungen der Familien- und Seniorenpolitik, wie beispielsweise die gesellschaftliche Beteiligung älterer Menschen und ihre wirtschaftliche Situation und die Stärkung der gesellschaftlichen Stellung und Mitwirkung der Familien, in den Meinungsaustausch mit einbeziehen;
5. unter Berücksichtigung vergleichbarer soziodemographischer Entwicklungen in beiden Ländern die damit verbundenen politischen Herausforderungen gemeinsam erörtern;
6. den Austausch von Fachkräften und Multiplikatoren der Familienarbeit und der Altenhilfe, der Sozialhilfe und auf dem Gebiet der Freien Wohlfahrtspflege unterstützen, insbesondere in Form von Studienreisen in das jeweils andere Land;
7. die Begegnung von älteren Menschen und Gruppen unterstützen;
8. die besonderen Probleme behinderter Menschen sowie die Fragen der sozialen Absicherung von sozialen Existenzminima in den gemeinsamen Meinungs- und Informationsaustausch einbeziehen.

Artikel 3

(1) Die Vertragsparteien werden ihre Meinung zu aktuellen familien- und seniorenpolitischen Themen der Arbeit internationaler Organisationen austauschen. Sie werden die Zusammenarbeit der jeweiligen nationalen nichtstaatlichen Mitgliedsorganisationen in den internationalen Organisationen sowie in internationalen Verbänden der Familie, der Altenarbeit, der Altenhilfe, der Freien Wohlfahrtspflege fördern.

(2) Bei Bedarf werden die Vertragsparteien für diesen Meinungsaustausch auch spezielle Konsultationen vereinbaren.

Artikel 4

(1) Die Vertragsparteien werden sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit der in ihren Ländern im Bereich der Familienforschung, der Gerontologie, der Geriatrie, der Sozialhilfe, der Freien Wohlfahrtspflege bestehenden wissenschaftlichen Einrichtungen und Institutionen einsetzen.

(2) Themen und Realisierungsbedingungen einer derartigen Zusammenarbeit werden in jedem konkreten Fall zwischen den jeweils zusammenarbeitenden Stellen gesondert vereinbart.

Artikel 5

Die Vertragsparteien werden regelmäßig, mindestens einmal jährlich, Konsultationen zu in dieser Vereinbarung genannten Themenbereichen durchführen, um eine Weiterentwicklung und Vertiefung ihrer gegenseitigen Beziehungen sicherzustellen.

Artikel 6

(1) Diese Vereinbarung tritt in Kraft, sobald die Vertragsparteien einander mitgeteilt haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten der Vereinbarung erfüllt sind. Als Tag des Inkrafttretens wird der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung angesehen.

(2) Diese Vereinbarung wird für die Dauer von drei Jahren geschlossen. Danach verlängert sich die Geltungsdauer jeweils stillschweigend um weitere drei Jahre, sofern die Vereinbarung nicht von einer Vertragspartei spätestens sechs Monate vor Ablauf der jeweiligen Geltungsdauer schriftlich gekündigt wird.

Geschehen zu Warschau am 7. September 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für das Bundesministerium für Familie und Senioren
der Bundesrepublik Deutschland
Albrecht Hasinger

Für das Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik
der Republik Polen
Joanna Starega-Piasek

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Paktes
über bürgerliche und politische Rechte**

Vom 12. August 1994

I.

Die ehemalige jugoslawische Republik M a z e d o n i e n hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 18. Januar 1994 notifiziert, daß sie sich als einer der Rechtsnachfolger des ehemaligen Jugoslawien mit Wirkung vom 17. September 1991, dem Tag der Erlangung ihrer Unabhängigkeit, als durch den Internationalen Pakt vom 19. Dezember 1966 über bürgerliche und politische Rechte (BGBl. 1973 II S. 1533) gebunden betrachtet (vgl. die Bekanntmachung vom 14. Juni 1976, BGBl. II S. 1068).

II.

Portugal hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 27. April 1993 die folgende Erklärung zu dem Pakt notifiziert (vgl. die Bekanntmachungen vom 12. Oktober 1978, BGBl. II S. 1283 und vom 31. März 1992, BGBl. II S. 361):

(Übersetzung)

Translated from Portuguese

Übersetzt aus dem Portugiesischen

Portuguese Republic
Mário Soares
President of the Portuguese Republic

Portugiesische Republik
Mário Soares
Präsident der Portugiesischen Republik

I hereby declare that the International Covenant on Civil and Political Rights and the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights were adopted in New York on 16 December 1966.

Ich erkläre hiermit, daß der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte und der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte am 16. Dezember 1966 in New York angenommen wurden.

The Covenants have been seen, examined and considered in their entirety and have been ratified by Act No. 29/78 of 12 June and by Act No. 45/78 of 11 July. By this declaration, which was adopted by the Assembly of the Republic in its resolution 41/92 and published in the Official Gazette of the Republic (Diário da República), Series I-A, No. 301, of 31 December 1992, the Covenants are confirmed and proclaimed binding and valid, and they shall have effect and be implemented and observed without exception, bearing in mind that:

Die Pakte wurden in ihrer Gesamtheit angesehen, geprüft und erörtert und durch das Gesetz Nr. 29/78 vom 12. Juni und das Gesetz Nr. 45/78 vom 11. Juli ratifiziert. Mit dieser Erklärung, die von der Versammlung der Republik mit Entschlußung 41/92 angenommen und im Amtsblatt der Republik (Diário da República), Reihe I-A Nr. 301 vom 31. Dezember 1992 veröffentlicht wurde, werden die Pakte bestätigt und für verbindlich und rechtsgültig erklärt; sie treten in Kraft und werden ausnahmslos durchgeführt und eingehalten, wobei folgendes zu beachten ist:

Article 1

The International Covenant on Civil and Political Rights and the International Covenant on Economic, Social and Cultural

Artikel 1

Der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte und der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kul-

Rights, ratified, respectively, by Act No. 29/78 of 12 June, and by Act No. 45/78 of 11 July, shall be applicable in the territory of Macau.

Article 2

1. The applicability in Macau of the International Covenant on Civil and Political Rights and the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights, and in particular of article 1 in both Covenants, shall in no way affect the status of Macau as defined in the Constitution of the Portuguese Republic and in the Organic Statute of Macau.

2. The applicability of the Covenants in Macau shall in no way affect the provisions of the Joint Declaration of the Government of the Portuguese Republic and the Government of the People's Republic of China on the Question of Macau, signed on 13 April 1987, especially with respect to the provision specifying that Macau forms part of Chinese territory and that the Government of the People's Republic of China will resume the exercise of sovereignty over Macau with effect from 20 December 1999, and that Portugal will be responsible for the administration of Macau until 19 December 1999.

Article 3

Article 25 (b) of the International Covenant on Civil and Political Rights shall not apply to Macau with respect to the composition of elected bodies and the method of choosing and electing their officials, as defined in the Constitution of the Portuguese Republic, the Organic Statute of Macau and provisions of the Joint Declaration on the Question of Macau.

Article 4

Article 12 (4) and article 13 of the International Covenant on Civil and Political Rights shall not apply to Macau with respect to the entry and exit of individuals and the expulsion of foreigners from the territory. These matters shall continue to be regulated by the Organic Statute of Macau and other applicable legislation, and also by the Joint Declaration on the Question of Macau.

Article 5

1. The provisions of the International Covenant on Civil and Political Rights and the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights that are applicable to Macau shall be implemented in Macau, in particular through specific legal documents issued by the organs of government of the territory.

2. The restrictions of the fundamental rights in Macau shall be confined to those cases prescribed by law and shall not ex-

turelle Rechte, die durch das Gesetz Nr. 29/78 vom 12. Juni beziehungsweise das Gesetz Nr. 45/78 vom 11. Juli ratifiziert wurden, sind im Gebiet Macau anwendbar.

Artikel 2

1. Die Anwendbarkeit des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte und des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, insbesondere des Artikels 1 beider Pakte, in Macau läßt den Status von Macau, wie er in der Verfassung der Portugiesischen Republik und dem Verfassungsgesetz von Macau festgelegt ist, unberührt.

2. Die Anwendbarkeit der Pakte in Macau läßt die am 13. April 1987 unterzeichnete Gemeinsame Erklärung der Regierung der Portugiesischen Republik und der Regierung der Volksrepublik China zur Macau-Frage unberührt, insbesondere hinsichtlich der Bestimmung, die besagt, daß Macau Teil des chinesischen Hoheitsgebiets ist und daß die Regierung der Volksrepublik China die Ausübung der Souveränität über Macau mit Wirkung vom 20. Dezember 1999 wiederaufnehmen wird und daß Portugal bis zum 19. Dezember 1999 für die Verwaltung Macaus zuständig ist.

Artikel 3

Artikel 25 Buchstabe b des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte findet keine Anwendung auf Macau hinsichtlich der Zusammensetzung gewählter Gremien und des Verfahrens der Auswahl und Wahl ihrer Amtsträger, wie sie in der Verfassung der Portugiesischen Republik, dem Verfassungsgesetz von Macau und der Gemeinsamen Erklärung zur Macau-Frage festgelegt sind.

Artikel 4

Artikel 12 Absatz 4 und Artikel 13 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte finden keine Anwendung auf Macau hinsichtlich der Einreise und Ausreise von Personen und der Ausweisung von Ausländern aus dem Gebiet. Diese Angelegenheiten werden weiterhin durch das Verfassungsgesetz von Macau und die sonstigen anwendbaren Rechtsvorschriften sowie durch die Gemeinsame Erklärung zur Macau-Frage geregelt.

Artikel 5

1. Die Bestimmungen des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte und des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, die auf Macau anwendbar sind, werden in Macau durchgeführt, insbesondere durch spezifische Rechtsinstrumente, die von den Regierungsorganen des Gebiets erlassen werden.

2. Die Einschränkungen der Grundrechte in Macau sind auf die gesetzlich vorgeschriebenen Fälle beschränkt und über-

ceed the limits permitted by the applicable provisions of the aforementioned Covenants.

schreiten nicht die Grenzen, die durch die anwendbaren Bestimmungen der oben genannten Pakte zugelassen sind.

In witness whereof, I have signed this declaration and sealed it with the seal of the Portuguese Republic.

Zu Urkund dessen habe ich diese Erklärung unterzeichnet und mit dem Siegel der Portugiesischen Republik versehen.

Palácio Nacional de Belém, 25 March 1993.

Nationalpalast Belém, 25. März 1993

Mário Soares

Mário Soares

III.

Irland hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 12. April 1994 die Rücknahme seiner bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 8. Dezember 1989 abgegebenen Erklärung zu Artikel 6 Abs. 5 notifiziert (vgl. die Bekanntmachung vom 31. März 1992, BGBl. II S. 361).

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 20. Mai 1994 (BGBl. II S. 1218).

Bonn, den 12. August 1994

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
des deutsch-slowenischen Abkommens
über kulturelle Zusammenarbeit**

Vom 22. August 1994

Das in Laibach am 18. Juni 1993 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Slowenien über kulturelle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 16 sowie das dazugehörige Protokoll vom selben Tag

am 28. Juni 1994

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 22. August 1994

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Slowenien
über kulturelle Zusammenarbeit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Slowenien –

in dem Bestreben, die Beziehungen zwischen beiden Ländern zu festigen und das gegenseitige Verständnis zu vertiefen,

geleitet von den Prinzipien und Zielen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa,

in der Überzeugung, daß der kulturelle Austausch die Zusammenarbeit zwischen den Völkern sowie das Verständnis für die Kultur und das Geistesleben sowie die Lebensformen anderer Völker fördert,

eingedenk des historischen Beitrags beider Völker zum gemeinsamen kulturellen Erbe Europas und in dem Bewußtsein, daß Pflege und Erhalt von Kulturgütern verpflichtende Aufgaben sind,

in dem Wunsch, die kulturellen Beziehungen in allen Bereichen, einschließlich Bildung und Wissenschaft, zwischen der Bevölkerung beider Länder auszubauen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Vertragsparteien sind bestrebt, die gegenseitige Kenntnis der Kultur ihrer Länder zu verbessern, die kulturelle Zusammenarbeit in allen Bereichen und auf allen Ebenen weiterzuentwickeln und damit zur europäischen kulturellen Identität beizutragen.

Artikel 2

Um eine bessere Kenntnis der Kunst, der Literatur und verwandter Gebiete des anderen Landes zu vermitteln, werden die Vertragsparteien entsprechende Maßnahmen durchführen und einander dabei im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen, insbesondere

1. bei Gastspielen von Künstlern und Ensembles, bei der Veranstaltung von Konzerten, Theateraufführungen und anderen künstlerischen Darbietungen;
2. bei der Durchführung von Ausstellungen sowie der Organisation von Vorträgen und Vorlesungen;
3. bei der Organisation gegenseitiger Besuche von Vertretern der verschiedenen Gebiete des kulturellen Lebens, insbesondere der Literatur, der Musik, der Darstellenden und Bildenden Künste, zur Entwicklung der Zusammenarbeit, zum Erfahrungsaustausch sowie zur Teilnahme an Tagungen und ähnlichen Veranstaltungen;
4. bei der Förderung von Kontakten auf den Gebieten des Verlagswesens, der Bibliotheken, Archive und Museen sowie bei dem Austausch von Fachleuten und Material;
5. bei Übersetzungen von Werken der schöpferischen und wissenschaftlichen Literatur und der Fachliteratur.

Artikel 3

(1) Die Vertragsparteien bemühen sich, allen interessierten Personen breiten Zugang zu Sprache, Kultur, Literatur und Geschichte des anderen Landes zu ermöglichen. Sie unterstützen entsprechende staatliche und private Initiativen und Institutionen. Sie ermöglichen und erleichtern im jeweils eigenen Land Förderungsmaßnahmen der anderen Seite und die Unterstützung lokaler Initiativen und Einrichtungen.

(2) Dies gilt für den Ausbau der Sprachkenntnisse, das Lehren und Lernen der Partnersprache an Schulen, Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen, einschließlich denen der Erwachsenenbildung. Maßnahmen der Sprachförderung sind insbesondere:

- Vermittlung und Entsendung von Lehrern, Lektoren und Fachberatern;
- Bereitstellung von Lehrbüchern und Lehrmaterial sowie die Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Lehrbüchern;
- die Teilnahme von Lehrern und Studenten an Aus- und Fortbildungskursen, die von der anderen Seite durchgeführt werden, sowie ein Erfahrungsaustausch über moderne Technologien des Fremdsprachenunterrichts;
- die Nutzung der Möglichkeiten, die Hörfunk und Fernsehen für das Lernen, die Kenntnis und Verbreitung der jeweils anderen Sprache bieten.

(3) Die Vertragsparteien arbeiten zusammen in dem Bemühen, in den Lehrbüchern eine Darstellung der Geschichte, Geographie und Kultur des anderen Landes zu erreichen, die das bessere gegenseitige Verständnis fördert.

(4) Die Vertragsparteien unterstützen den muttersprachlichen Ergänzungsunterricht für die Kinder der Staatsbürger der anderen Seite, die sich vorübergehend in ihrem Hoheitsgebiet aufhalten.

Artikel 4

(1) Die Vertragsparteien unterstützen die Zusammenarbeit in allen ihren Formen in den Bereichen der Wissenschaft und des Bildungswesens einschließlich der Hochschulen und Wissenschaftsorganisationen, allgemein- und berufsbildender Schulen, Organisationen und Einrichtungen der nichtschulischen beruflichen Bildung und Weiterbildung für Erwachsene, der Schul- und Berufsbildungsverwaltungen, anderer Bildungs- und Forschungseinrichtungen und deren Verwaltungen, der Bibliotheken und Archive sowie der Denkmalpflege. Sie ermutigen diese Institutionen in ihren Ländern:

1. zur Zusammenarbeit auf allen Gebieten, die von gemeinsamen Interesse sind;
2. die gegenseitige Entsendung von Delegationen und Einzelpersonen zum Zweck der Information und des Erfahrungsaustauschs einschließlich der Teilnahme an wissenschaftlichen Konferenzen und Symposien zu unterstützen;
3. den Austausch von Wissenschaftlern, Hochschulverwaltungspersonal, Lehrkräften, Ausbildern, Doktoranden, Studenten, Schülern und Auszubildenden zu Informations-, Studien-, Forschungs- sowie Aus- und Fortbildungsaufenthalten zu unterstützen;
4. im Einklang mit den geltenden Bestimmungen den Zugang zu Archiven, Bibliotheken und ähnlichen Einrichtungen und deren wissenschaftliche Nutzung soweit wie möglich zu erleichtern und den Austausch auf dem Gebiet von Information und Dokumentation sowie von Archivalienreproduktionen zu unterstützen;
5. den Austausch von wissenschaftlicher, pädagogischer und didaktischer Literatur, von Lehr-, Anschauungs- und Informationsmaterial und Lehrfilmen für Lehr- und Forschungszwecke sowie die Veranstaltung entsprechender Fachausstellungen zu fördern;
6. die Beziehungen zwischen den Hochschulen beider Länder und anderen kulturellen und wissenschaftlichen Einrichtungen zu fördern;
7. auf den Gebieten der Pflege, der Restaurierung und des Schutzes historischer und kultureller Denkmäler zusammenzuarbeiten.

(2) Die Vertragsparteien prüfen den Abschluß von gesonderten Abkommen auf dem Gebiet der Wissenschaft, Forschung und Technologie.

Artikel 5

Die Vertragsparteien sind bestrebt, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Studenten, Postgraduierten und Wissenschaftlern des anderen Landes Stipendien zur Ausbildung, zur Fortbildung und zu Forschungsarbeiten zur Verfügung zu stellen und den Austausch im Bereich von Bildung und Wissenschaft durch weitere Maßnahmen, darunter durch Erleichterung der Erteilung der Aufenthaltsgenehmigung und der Aufenthaltsbedingungen im Gastland, in geeigneter Weise zu begleiten.

Artikel 6

Die Vertragsparteien werden die Bedingungen prüfen, unter denen Studiennachweise sowie Abschlußdiplome der Hochschulen des anderen Landes für akademische Zwecke anerkannt werden können sowie auch die Möglichkeiten, hierüber eine gesonderte Vereinbarung zu treffen.

Artikel 7

Die Vertragsparteien messen der Zusammenarbeit in der Aus- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften der Wirtschaft große Bedeutung für die Ausgestaltung ihrer Beziehungen bei. Sie werden diese Zusammenarbeit nach Kräften unterstützen und nach Bedarf Absprachen hierzu treffen.

Artikel 8

Die Vertragsparteien sehen in der Zusammenarbeit im Bereich der Erwachsenenbildung einen wichtigen Beitrag zur Vertiefung ihrer Beziehungen und erklären sich bereit, diese Zusammenarbeit nach Kräften zu unterstützen.

Artikel 9

Die Vertragsparteien werden auf dem Gebiet des Filmwesens, des Fernsehens und des Hörfunks die Zusammenarbeit der betreffenden Anstalten in ihren Ländern sowie die Herstellung und den Austausch von Filmen und anderen audiovisuellen Medien, die den Zielen dieses Abkommens dienen können, im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen. Sie werden zur Zusammenarbeit im Buch- und Verlagswesen ermutigen.

Artikel 10

Die Vertragsparteien ermöglichen direkte Kontakte zwischen gesellschaftlichen Gruppen und Vereinigungen wie Gewerkschaften, Kirchen und Glaubensgemeinschaften, politischen und sonstigen Stiftungen mit dem Ziel einer Zusammenarbeit. Sie ermutigen solche nichtstaatlichen Organisationen, Vorhaben durchzuführen, die auch den Zielen dieses Abkommens dienen.

Artikel 11

Die Vertragsparteien sind bestrebt, den Jugendaustausch sowie die Zusammenarbeit zwischen den Fachkräften der Jugendarbeit und Institutionen der Jugendhilfe zu fördern.

Artikel 12

Die Vertragsparteien ermutigen Begegnungen zwischen Sportlern, Trainern, Sportfunktionären und Sportmannschaften ihrer Länder und sind bestrebt, die Zusammenarbeit im Bereich des Sports (auch an Schulen und Hochschulen) zu fördern.

Artikel 13

Die Vertragsparteien erleichtern und ermutigen die partnerschaftliche Zusammenarbeit auf regionaler und lokaler Ebene.

Artikel 14

(1) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer jeweils geltenden Rechtsvorschriften und unter den von ihnen zu vereinbarenden Bedingungen die Gründung und Tätigkeit kultureller Ein-

richtungen der jeweils anderen Vertragspartei im eigenen Land erleichtern.

(2) Kulturelle Einrichtungen im Sinne des Absatzes 1 sind Kulturinstitute, Kulturzentren, ganz oder überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanzierte Einrichtungen der Wissenschaftsorganisationen, allgemeinbildende und berufsbildende Schulen, Einrichtungen der Lehreraus- und -fortbildung, der Erwachsenenbildung, der beruflichen Aus- und Weiterbildung, Bibliotheken, Lesesäle sowie öffentlich-rechtliche Forschungseinrichtungen. Den entsandten Fachkräften dieser Institutionen sind im offiziellen Auftrag wissenschaftlich-kulturell oder pädagogisch tätige, mit Einzelaufträgen entsandte oder vermittelte Fachkräfte gleichgestellt.

(3) Den kulturellen Einrichtungen der Vertragsparteien werden die Möglichkeit der freien Entfaltung aller für Einrichtungen dieser Art üblichen Aktivitäten einschließlich Reisefreiheit sowie freier Publikumszugang garantiert.

(4) Der Status der in den Absätzen 1 und 2 genannten kulturellen Einrichtungen und der von den Vertragsparteien im Rahmen der kulturellen Zusammenarbeit im offiziellen Auftrag entsandten oder vermittelten Fachkräfte wird in der Anlage zu diesem Abkommen geregelt. Die Anlage tritt gleichzeitig mit dem Abkommen in Kraft.

Artikel 15

Vertreter der Vertragsparteien werden nach Bedarf oder auf Ersuchen einer Vertragspartei als Gemischte Kommission abwechselnd in der Bundesrepublik Deutschland und in der Republik Slowenien zusammentreten, um die Bilanz des im Rahmen dieses Abkommens erfolgten Austauschs zu ziehen und um Empfehlungen und Programme für die weitere kulturelle Zusammenarbeit zu erarbeiten. Näheres wird auf diplomatischem Weg geregelt.

Artikel 16

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind. Als Tag des Inkrafttretens des Abkommens wird der Tag des Eingangs der letzten Notifikation angesehen.

Artikel 17

Dieses Abkommen gilt für die Dauer von fünf Jahren. Danach verlängert sich die Gültigkeit um jeweils weitere fünf Jahre, sofern das Abkommen nicht von einer Vertragspartei mit einer Frist von sechs Monaten schriftlich gekündigt wird.

Geschehen zu Laibach am 18. Juni 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und slowenischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Kinkel

Für die Regierung der Republik Slowenien
Lojze Peterle

Anlage
zum Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Slowenien
über kulturelle Zusammenarbeit

1. Die Bestimmungen dieser Anlage gelten für die in Artikel 14 des Abkommens genannten kulturellen Einrichtungen, deren Fachkräfte und andere Fachkräfte, die im Rahmen der Zusammenarbeit der beiden Länder auf kulturellem, pädagogischem, wissenschaftlichem und sportlichem Gebiet im offiziellen Auftrag entsandt oder vermittelt werden.
2. Die Anzahl des entsandten oder vermittelten Personals muß in angemessenem Verhältnis zu dem Zweck stehen, dessen Erfüllung die jeweilige Einrichtung dient.
3. (1) Die unter Nummer 1 genannten Personen, die die Staatsangehörigkeit des entsendenden und nicht die Staatsangehörigkeit des Gastlands besitzen, sowie die zu ihrem Haushalt gehörenden Familienangehörigen erhalten auf Antrag gebührenfrei eine Aufenthaltserlaubnis von den zuständigen Behörden des Gastlands. Die Aufenthaltserlaubnis wird bevorzugt erteilt und beinhaltet das Recht auf mehrfache Ein- und Ausreise des Berechtigten im Rahmen ihrer Gültigkeit. Für die Tätigkeit an den in Artikel 14 des Abkommens genannten kulturellen Einrichtungen benötigen die entsandten und vermittelten Fachkräfte sowie ihre Ehegatten keine Arbeitserlaubnis.
(2) Aufenthaltserlaubnisse nach Nummer 3 Absatz 1 müssen vor der Ausreise bei einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung des Gastlands eingeholt werden. Anträge auf Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis können im Gastland gestellt werden.
4. Die Vertragsparteien gewähren den unter Nummer 1 genannten Personen, die die Staatsangehörigkeit des entsendenden und nicht die Staatsangehörigkeit des Gastlands besitzen, sowie den zu ihrem Haushalt gehörenden Familienangehörigen unter den Voraussetzungen der Nummer 3 uneingeschränkte Reisefreiheit in ihrem Hoheitsgebiet.
5. Familienangehörige im Sinne von Nummer 3 Absatz 1 und Nummer 4 sind der Ehegatte und die im Haushalt lebenden minderjährigen ledigen Kinder.
6. (1) Die Vertragsparteien gewähren im Rahmen der geltenden Gesetze und sonstigen Vorschriften auf der Grundlage der Gegenseitigkeit Befreiung von Abgaben für Ein- und Wiederausfuhr
 - a) für Ausstattungs- und Ausstellungsgegenstände (z. B. technische Geräte, Möbel, belichtete Filme, Bücher, Zeitschriften, Bild- und Tonmaterial) einschließlich eines oder mehrerer Kraftfahrzeuge, die für die Tätigkeit der unter Nummer 1 bezeichneten kulturellen Einrichtungen eingeführt werden;
 - b) für Umzugsgut einschließlich Kraftfahrzeugen der unter Nummer 1 genannten Personen und ihrer Familienangehörigen, das mindestens sechs Monate vor der Übersiedlung benutzt worden ist und innerhalb von zwölf Monaten nach der Übersiedlung in das Hoheitsgebiet des Gastlands eingeführt wird;
 - c) für zum persönlichen Bedarf der unter Nummer 1 genannten Personen und ihrer Familienangehörigen bestimmte Arzneimittel sowie für auf dem Postwege eingeführte Geschenke.(2) Abgabefrei eingeführte Gegenstände dürfen im Gastland erst dann abgegeben oder veräußert werden, wenn die ausgesetzten Abgaben entrichtet wurden oder nachdem die Gegenstände mindestens drei Jahre im Gastland in Gebrauch waren.
7. Die Vertragsparteien unterstützen die unter Nummer 1 genannten Personen und ihre Familien bei der Registrierung der eingeführten Kraftfahrzeuge.
8. Die steuerliche Behandlung der Gehälter und Bezüge der unter Nummer 1 genannten Personen richtet sich nach den jeweils geltenden Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Slowenien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen und nach den jeweils geltenden Gesetzen und sonstigen Vorschriften.
9. (1) Die von den in Artikel 14 Absatz 2 des Abkommens genannten kulturellen Einrichtungen organisierte künstlerische und Vortragstätigkeit kann auch von Personen ausgeübt werden, die nicht Staatsangehörige der Vertragsparteien sind.
(2) Neben dem entsandten Personal können die in Artikel 14 Absatz 2 des Abkommens genannten kulturellen Einrichtungen auch Ortskräfte einstellen. Aufnahme und Gestaltung des Arbeitsverhältnisses richten sich nach den Rechtsvorschriften der empfangenden Vertragspartei.

(3) Die in Artikel 14 Absatz 2 des Abkommens genannten kulturellen Einrichtungen können mit Ministerien, anderen öffentlichen Einrichtungen, Gebietskörperschaften, Gesellschaften, Vereinen und Privatpersonen unmittelbar verkehren.

(4) Die Ausstattung der in Artikel 14 Absatz 2 des Abkommens genannten kulturellen Einrichtungen, einschließlich der technischen Geräte und der Materialien sowie ihr Vermögen sind Eigentum der entsendenden Vertragspartei.

10. (1) Die Vertragsparteien gewähren den kulturellen Einrichtungen der jeweils anderen Vertragspartei für die von ihnen erbrachten Leistungen umsatzsteuerliche Vergünstigungen im Rahmen der jeweils geltenden Gesetze und sonstigen Vorschriften.
- (2) Sonstige Fragen, die mit der Besteuerung der kulturellen Einrichtungen und ihrer Mitarbeiter zusammenhängen, werden, soweit erforderlich, durch Notenwechsel geregelt.
11. Erleichterungen verwaltungstechnischer Art können, soweit dafür ein Bedarf besteht, unter Berücksichtigung der jeweiligen Gegebenheiten in beiden Ländern auf Antrag einer der beiden Vertragsparteien in einer gesonderten Vereinbarung durch Notenwechsel geregelt werden.
12. Den unter Nummer 1 genannten Personen und ihren Familien werden während ihres Aufenthalts im Hoheitsgebiet des Gastlands
- in Zeiten nationaler oder internationaler Krisen die gleichen Heimschaffungserleichterungen gewährt, welche die beiden Regierungen ausländischen Fachkräften im Einklang mit den jeweils geltenden Gesetzen und sonstigen Vorschriften einräumen,
 - die nach dem allgemeinen Völkerrecht bestehenden Rechte im Falle der Beschädigung oder des Verlusts ihres Eigentums infolge öffentlicher Unruhen gewährt.

Protokoll

Aus Anlaß der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Slowenien über kulturelle Zusammenarbeit erklären die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Republik Slowenien, daß mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens gemäß seinem Artikel 16 das Abkommen vom 28. Juli 1969 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über kulturelle Zusammenarbeit im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Slowenien außer Kraft tritt.

Geschehen zu Laibach am 18. Juni 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und slowenischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Kinkel

Für die Regierung der Republik Slowenien
Lojze Peterle

**Bekanntmachung
des deutsch-Indonesischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 23. August 1994

Das in Jakarta am 12. Juli 1994 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Indonesien über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 6 am 12. Juli 1994

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 23. August 1994

**Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
im Auftrag
Dr. Schaffer**

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Indonesien
über Finanzielle Zusammenarbeit 1993**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Indonesien –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Indonesien,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Indonesien beizutragen,

bezugnehmend auf die Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen vom 18. bis 20. Oktober 1993 in Bonn und auf den diesbezüglichen Summary Record –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Indonesien, oder anderen von

beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main,

a) für die von beiden Regierungen ausgewählten Vorhaben

aa) 500 KV-Übertragungsleitung Ungaran-Klaten

bb) 150 KV – Übertragungsleitung Ost-Kalimantan

cc) 150 KV-Überlandleitung Nord-West-Sumatra

dd) Rehabilitierung von Streckenlokomotiven II

ee) Materialpakete für den Bau von Passagier-Fähren

Darlehen bis zu insgesamt 129 400 000,- DM (in Worten: einhundertneunundzwanzig Millionen vierhunderttausend Deutsche Mark) zu erhalten, wenn nach Prüfung deren Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist,

b) für die Vorhaben „Wasserversorgung und -entsorgung Bengkulu“ und „Industrieller Umweltschutz“ Finanzierungsbeiträge bis zu insgesamt 30 600 000,- DM (in Worten: dreißig Millionen sechshunderttausend Deutsche Mark) zu erhalten, wenn nach Prüfung deren Förderungswürdigkeit festgestellt und bestätigt worden ist, daß sie als Vorhaben der sozialen Infrastruktur oder des Umweltschutzes die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrages erfüllen.

(2) Kann bei einem der in Absatz 1 Buchstabe b bezeichneten Vorhaben die dort genannte Bestätigung nicht erfolgen, ermöglicht es die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Republik Indonesien, von der KfW für dieses Vorhaben

bis zur Höhe des vorgesehenen Finanzierungsbeitrages ein Darlehen zu erhalten.

(3) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Indonesien durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(4) Wird eines der in Absatz 1, Buchstabe b bezeichneten Vorhaben durch ein Vorhaben des Umweltschutzes, der sozialen Infrastruktur oder der selbsthilfeorientierten Armutsbekämpfung ersetzt, das die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrages erfüllt, kann ein Finanzierungsbeitrag, anderenfalls ein Darlehen gewährt werden.

Artikel 2

Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Regierung der Republik Indonesien zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

Artikel 3

Sämtliche Steuern und sonstige öffentliche Abgaben, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge erhoben werden, werden von der Regierung der Republik Indonesien übernommen. Dies bedeutet, daß die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und son-

stigen öffentlichen Abgaben, die im Zusammenhang mit dem Abschluß und der Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Republik Indonesien erhoben werden, befreit ist.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Indonesien überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Unternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin bevorzugt genutzt werden. Die weitere Ausgestaltung bestimmen die in Artikel 2 genannten Verträge.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Jakarta am 12. Juli 1994 in zwei Urschriften, jede in deutscher, indonesischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des indonesischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Lewalter

Für die Regierung der Republik Indonesien
Wisber Loeis

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
der Pariser Verbandsübereinkunft
zum Schutz des gewerblichen Eigentums,
des Madrider Abkommens
über die internationale Registrierung von Marken,
des Patenzusammenarbeitsvertrages
Vom 23. August 1994**

Belarus hat dem Generaldirektor der Weltorganisation für geistiges Eigentum am 14. April 1993 die Weiteranwendung folgender Übereinkünfte notifiziert:

- a) die Pariser Verbandsübereinkunft vom 20. März 1883 zum Schutz des gewerblichen Eigentums in der in Stockholm am 14. Juli 1967 beschlossenen und am 2. Oktober 1979 geänderten Fassung (BGBl. 1970 II S. 293, 391; 1984 II S. 799);
- b) das Madrider Abkommen vom 14. April 1891 über die internationale Registrierung von Marken in der in Stockholm am 14. Juli 1967 beschlossenen und am 2. Oktober 1979 geänderten Fassung (BGBl. 1970 II S. 294, 418; 1984 II S. 799);
- c) der Vertrag vom 19. Juni 1970 über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens – Patenzusammenarbeitsvertrag – (BGBl. 1976 II S. 649, 664; 1984 II S. 799, 975).

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom

- a) 13. Oktober 1970 (BGBl. II S. 1073) und vom 26. April 1994 (BGBl. II S. 736),
- b) 11. Juni 1976 (BGBl. II S. 1067) und vom 26. April 1994 (BGBl. II S. 736) und
- c) 16. März 1978 (BGBl. II S. 485) und vom 26. April 1994 (BGBl. II S. 661).

Bonn, den 23. August 1994

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
des deutsch-kirgischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 25. August 1994

Das in Bischkek am 6. Januar 1994 unterzeichnete
Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik
Deutschland und der Regierung der Kirgisischen Republik
über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 6

am 6. Januar 1994

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 25. August 1994

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dr. Schaffer

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Kirgisischen Republik
über Finanzielle Zusammenarbeit
(Vorhaben „Sektorprogramm Textil“, „Sektorprogramm Landwirtschaft“,
„Programm zur Förderung kleiner und mittlerer Investitionen im privaten Sektor“
sowie „Studien- und Fachkräftefonds“)**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Kirgisischen Republik –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Kirgisischen
Republik,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch
partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu
vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen
die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in
der Kirgisischen Republik beizutragen,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht
es der Regierung der Kirgisischen Republik oder anderen, von
beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern
für nachfolgende Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau,
Frankfurt (Main), Darlehen bis zu insgesamt 13 500 000,- DM (in

Worten: dreizehn Millionen fünfhunderttausend Deutsche Mark)
und einen Finanzierungsbeitrag bis zu insgesamt 1 500 000,- DM
(in Worten: eine Million fünfhunderttausend Deutsche Mark) zu
erhalten:

- ein Darlehen bis zu 5 000 000,- DM (in Worten: fünf Millionen
Deutsche Mark) für das Vorhaben „Sektorprogramm Textil“,
wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt wor-
den ist,
- ein Darlehen bis zu 5 000 000,- DM (in Worten: fünf Millionen
Deutsche Mark) für das Vorhaben „Sektorprogramm Landwirt-
schaft“, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festge-
stellt worden ist,
- ein Darlehen bis zu 3 500 000,- DM (in Worten: drei Millionen
fünfhunderttausend Deutsche Mark) für das Vorhaben „Pro-
gramm zur Förderung kleiner und mittlerer Investitionen im
privaten Sektor“, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit
festgestellt worden ist,
- einen Finanzierungsbeitrag bis zu 1 500 000,- DM (in Worten:
eine Million fünfhunderttausend Deutsche Mark) für das Vor-
haben „Studien- und Fachkräftefonds“.

(2) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der
Regierung der Kirgisischen Republik zu einem späteren Zeitpunkt
ermöglicht, weitere Darlehen oder weitere Finanzierungsbeiträge
zur Vorbereitung oder für notwendige Begleitmaßnahmen zur
Durchführung und Betreuung der Vorhaben von der Kreditanstalt

für Wiederaufbau, Frankfurt (Main), zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(3) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Kirgisischen Republik durch andere Vorhaben ersetzt werden. Finanzierungsbeiträge für Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen gemäß Absatz 1 und 2 werden in Darlehen umgewandelt, wenn sie nicht für solche Maßnahmen verwendet werden.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern der Darlehen und des Finanzierungsbeitrags zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Regierung der Kirgisischen Republik garantiert, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmerin ist, gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Deutscher Mark in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge.

Artikel 3

Die Regierung der Kirgisischen Republik stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit dem Abschluß

und der Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Kirgisischen Republik erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Kirgisischen Republik überläßt bei den sich aus der Gewährung der Darlehen und des Finanzierungsbeitrags ergebenden Transporten von Personen und Gütern im Land-, See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung der Darlehen und des Finanzierungsbeitrags ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin bevorzugt genutzt werden. Die weitere Ausgestaltung bestimmen die in Artikel 2 genannten Verträge.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Bischkek am 6. Januar 1994 in zwei Urschriften, jede in deutscher und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Jürgen Scheller
Heinrich Neufeldt

Für die Regierung der Kirgisischen Republik
Urasbajev

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten von Verordnungen
zu Regelungen nach dem Übereinkommen über die Annahme einheitlicher Bedingungen
für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen
und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung**

Vom 25. August 1994

Nach Artikel 2 Abs. 3 der Verordnung zur ECE-Regelung Nr. 91 vom 29. Dezember 1993 (BGBl. 1994 II S. 107),

nach Artikel 2 Abs. 2 Satz 2 der Verordnung zur ECE-Regelung Nr. 65 vom 30. Dezember 1993 (BGBl. 1994 II S. 108) und

nach Artikel 2 Abs. 2 Satz 2 der Verordnung zur ECE-Regelung Nr. 90 vom 5. Januar 1994 (BGBl. 1994 II S. 109)

wird bekanntgemacht, daß die Verordnungen jeweils

am 3. Juli 1994

in Kraft getreten sind.

Nach Artikel 2 Abs. 3 der Verordnung zur ECE-Regelung Nr. 81 vom 1. Februar 1994 (BGBl. 1994 II S. 282) wird bekanntgemacht, daß die Verordnung

am 3. April 1994

in Kraft getreten ist.

Bonn, den 25. August 1994

Bundesministerium für Verkehr
Im Auftrag
Dr. Jagow

**Bekanntmachung
über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte
der Deutschen Demokratischen Republik mit Vietnam**

Vom 29. August 1994

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat durch eine an die Regierung von Vietnam gerichtete Verbalnote vom 8. November 1993 aufgrund der nach Artikel 12 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 (BGBl. 1990 II S. 885) in Haiphong und Hanoi vom 4. bis 7. Mai 1993 stattgefundenen Konsultationen festgestellt, daß die in der Anlage zu dieser Bekanntmachung genannten völkerrechtlichen Übereinkünfte mit Herstellung der Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990 erloschen sind.

Diese Feststellung schließt nicht aus, daß auch noch andere zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Vietnam abgeschlossene völkerrechtliche Übereinkünfte mit der Herstellung der Einheit Deutschlands zum selben Zeitpunkt erloschen sind.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 1. Juni 1993 (BGBl. II S. 910) und vom 15. Juni 1994 (BGBl. II S. 1030).

Bonn, den 29. August 1994

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

Anlage

1. Vertrag vom 7. März 1959 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Demokratischen Republik Vietnam über Handel und Seeschifffahrt (GBl. 1959 I S. 775; 1960 I S. 155)
2. Abkommen vom 16. Oktober 1978 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Handelsschifffahrt

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn
Telefon: (0228) 38208-0, Telefax: (0228) 38208-36.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich 97,80 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 3,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1993 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe ohne Anlagebände: 11,15 DM (9,30 DM zuzüglich 1,85 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 12,15 DM.

Preis der Anlagebände:

- a) (Anlage zur 2. Freibord-ÄndV): 11,15 DM (9,30 DM zuzüglich 1,85 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 12,15 DM.
- b) (Anlage zur 6. SOLAS-ÄndV): 33,60 DM (31,00 DM zuzüglich 2,60 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 34,60 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Z 1998 A · Entgelt bezahlt

**Berichtigung
des Gesetzes
zu dem Übereinkommen vom 9. Februar 1994
über die Erhebung von Gebühren
für die Benutzung bestimmter Straßen mit schweren Nutzfahrzeugen**

Artikel 3 des Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 9. Februar 1994 über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Straßen mit schweren Nutzfahrzeugen vom 30. August 1994 (BGBl. 1994 II S. 1765) lautet richtig wie folgt:

„Artikel 3

Änderung des Straßenverkehrsgesetzes

In § 35 Abs. 1 des Straßenverkehrsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 9231-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch das Gesetz vom 2. August 1994 (BGBl. I S. 2047) geändert worden ist, wird folgende Nummer 10 angefügt:

- „10. zur Verfolgung von Ansprüchen nach dem Autobahnbenutzungsgebührengesetz vom 30. August 1994 (BGBl. 1994 II S. 1765).“